

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 240.

Dienstag, den 13. Oktober 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Der moderne Rechtsstaat als Klassenstaat.

1.

Bekanntlich tut sich der moderne Staat etwas darauf an, ein Rechtsstaat zu sein, der das „Gleiche Recht für alle“ auf seine Fahne geschrieben hat. Im Gegensatz zum mittelalterlichen Staat, der sich nach Ständen gliederte und jedem Stande ein eigenes Recht einräumte, gilt heute die Rechtsgleichheit für jeden Staatsbürger. Jeder Bürger ist vor dem Gesetze gleich; mag es sich um den Fürsten Eulenburg handeln oder um einen Handwerksburschen, der moderne Staat legt Wert darauf, die Paragraphen des Gesetzbuches in gleicher Weise zur Anwendung zu bringen. Und wenn diese Rechtsgleichheit auch eine Illusion ist, so hält der Staat diese Illusion doch krampfhaft aufrecht und empfindet jeden Zweifel an seiner Unparteilichkeit als eine schwere Beleidigung. Und zwar muß er in seinem eigenen Interesse so handeln, denn er würde sich selbst den Boden unter den Füßen wegziehen, wollte er seinen Charakter als Rechtsstaat aufgeben und offen einräumen, daß er seine Bürger nicht mit gleichem Maße messe. Darum läßt er seine Beamten schwören, daß sie unparteiisch und nach bestem Wissen und Gewissen ihr Amt verwalten und niemandem zuliebe und niemandem zuwider handeln wollen, darum auch stellt er die Göttin der Gerechtigkeit mit verbundenen Augen und mit einer Waage in der Hand als Symbol auf, um damit zu sagen, daß er richten wolle ohne Ansehen der Person und daß er Recht und Unrecht abwägen wolle mit gerechten Händen.

Leider besteht diese Rechtsgleichheit nur in der Einbildung; sie ist ein schöner Traum und wird ein schöner Traum bleiben, solange es Klassen geben wird in der Gesellschaft, die sich in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung schroff von einander unterscheiden. Wo solch schroffe Gegensätze bestehen zwischen arm und reich, zwischen hoch und niedrig, zwischen Arbeiter und Kapitalist, wie es bei uns der Fall ist, da kann natürlich von keiner rechtlichen Gleichheit die Rede sein. Daher ist es ein vergebliches Bemühen des modernen Staates, das „Gleiche Recht“ für alle“ aus der Theorie in die Praxis umsetzen zu wollen, selbst wenn der beste Wille vorhanden wäre, und es gewährt einen tragikomischen Anblick, wenn man den Eiertanz beobachtet, den der Staat tagtäglich ausführt, um sich mit Grazie zwischen den Klippen der Klassenjustiz hindurchzuwenden. Dieser Eiertanz würde noch humoristischer wirken, wenn er nicht so tiefstraurige Folgen hätte, und wenn er nicht dazu beitrüge, das ganze öffentliche Leben der Gegenwart zu vergiften.

Beginnen wir mit dem Oberhaupt unseres Rechtsstaates, so bemerken wir auf den ersten Blick, daß sich dieser Zwiespalt zwischen theoretischer Rechtsgleichheit und praktischer Rechtsempfindlichkeit in den Reden und Handlungen des deutschen Kaisers deutlich widerspiegelt. Der deutsche Kaiser, als moderner Mensch und genährt mit den Ideen der neuen Staatsrechtslehre, muß selbstverständlich den Standpunkt einnehmen, daß alle Bürger seines Staates das gleiche Recht haben. Darum hat er bei verschiedenen Gelegenheiten die Äußerung getan: Die Arbeiter sind den Unternehmern gleichberechtigt; sie müssen von den Behörden als Gleichberechtigte behandelt werden und man muß ihnen die Überzeugung beibringen, daß sie als Gleichberechtigte behandelt werden.“ Diese Auffassung des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Unternehmern entspricht offenbar der Theorie des modernen Rechtsstaates und drückt in kurzen Worten die Idee der Rechtsgleichheit aller Staatsbürger aus. Leider ist sie aber in der Theorie stecken geblieben und in der Praxis unserer Verwaltungen und Gerichte merkt man nichts von dieser gleichen Behandlung. Das Wort des Kaisers ist verhallt, ohne irgendwo Anklang zu finden — eine Stimme des Rufenden in der Wüste des Klassenstaates — und nirgendwo hat sich irgendein Beamter darum gekümmert. Wir möchten mal denjenigen deutschen Arbeiter kennen lernen, dem man schon die Überzeugung beigebracht hat, daß er von den Behörden als Gleichberechtigter behandelt wird. Die Tatsache der ungleichen Behandlung des Arbeiters trotz der wiederholten Ermahnung des höchsten Beamten des Reiches lehrt uns, wie wenig Einfluß die Theorie auf die Praxis des wirklichen Lebens auszuüben vermag. Und wenn auch der Kaiser hundertmal das Prinzip der Gleichberechtigung betont, die Behörden führen sich den Teufel darum, weil sie sich als die Organe des

Klassenstaates fühlen und nicht aus ihrer Haut herausfahren können.

Aber auch der Kaiser selbst hat bereits mehr als einmal den Beweis dafür erbracht, daß die schönste theoretische Gleichberechtigung in die Brüche geht, wenn sie mit der Praxis der kapitalistischen Gesellschaft zusammenstößt. Als vor einigen Jahren eine Anzahl Werftarbeiter sich weigerten, die für China bestimmten Schiffe fertig zu machen, weil sie anderenfalls ihren ausgesperrten Arbeitsbrüdern in den Rücken gefallen wären, nahm er sofort in ganz scharfer Weise die Partei der Wasserkapitalisten. Anstatt zu untersuchen, auf welcher Seite das Recht in diesem Konflikt zu finden sei, anstatt die Gründe in Betracht zu ziehen, die der Arbeitsverweigerung zugrunde lagen, brach er sofort den Stab über die Arbeiter und nannte sie „vaterlandslose Gesellen, die nicht wert sind, den Namen Deutsche zu tragen“. Es handelte sich in dem Streit um rein materielle Dinge: die Arbeiter forderten eine geringe Lohnerhöhung, die Kapitalisten verweigerten sie. Hätte man sich da nicht die Frage vorlegen sollen, ob es nicht besser sei, wenn die Großkapitalisten die paar Pfennige Lohnerhöhung bewilligten, anstatt daß die ohnehin schlecht entlohnten Arbeiter darauf verzichteten? Wo blieb das Prinzip der Gleichberechtigung, als der Kaiser das Verhalten der Arbeiter aufs schärfste verurteilte, während er für das Verhalten der Kapitalisten auch nicht den leinsten Tadel hatte? Oder man denke nur an das Kaiserwort: „Schwerste Strafe dem, der einen Arbeiter am Arbeiten hindert!“ Diese scharfe Beurteilung des Terrorismus richtet sich selbstverständlich nur gegen die Arbeiter, denn man hat noch nie gehört, daß der Kaiser sich mißlieblich über die Massenausperrung der Unternehmerterroristen geäußert oder daß er gegen diese Leute ein Zuchthausgesetz beantragt hat. Ist es da zu verwundern, wenn Unternehmer und Behörden das Wort von der Gleichberechtigung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern für eine schöne Redensart halten und die Arbeiter die Rechtsungleichheit bei jeder Gelegenheit fühlen lassen? Und ist es da zu verwundern, wenn die aufgekärterten Arbeiter mit dem Dichter sprechen: „Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns doch endlich Laten sehen!“ und wenn sie den Glauben an den Rechtsstaat völlig verloren haben?

Ein eigenartiges Beispiel von dem Versteckspielen der maßgebenden Faktoren in unserem sogenannten Rechtsstaat bot auch die letzte Generalversammlung des Verbandes der Industriellen Deutschlands. Diese Scharfmachergesellschaft vom reinsten Wasser sandte dem deutschen Kaiser ein Begrüßungsstelegramm, worin es hieß: „In Übereinstimmung mit Ew. Majestät erblicken wir in der Unterordnung der Arbeiter unter die Unternehmer die Gewähr für die gesunde Entwicklung der deutschen Industrie.“ Dieser offensbare Hohn auf das Prinzip der Gleichberechtigung hätte eigentlich den Kaiser verschlucken müssen, doch zogen sich seine Ratgeber mit gutem Humor aus der Affäre, indem sie ein Antwortstelegramm zurückdrehselten, das folgenden Satz enthielt: „In dem einträchtigen Zusammenarbeiten der Unternehmer und Arbeiter erblicke ich die Gewähr für eine gesunde Entwicklung der deutschen Industrie.“ Hier wagt sich die Theorie der Gleichberechtigung schüchtern hervor und ein Minister, der als Vertreter der Reichsregierung an den Verhandlungen teilnahm, schlug in dieselbe Kerbe, indem er sprach: „Sie dürfen nicht immer den Herrenstandpunkt betonen, denn die Unternehmer sind nicht die Herren, sondern die Kameraden ihrer Arbeiter.“ Leider wurde diese freundschaftliche Warnung in den Wind geschlagen, denn der Vorsitzende der Versammlung unterstrich noch einmal den Standpunkt des Scharfmachertums, indem er erwiderte: „Wir sind die Herren unserer Arbeiter und wollen auch die Herren bleiben!“ Man sieht, die Herren pfeifen auf die Rechtsgleichheit und die Vertreter des sogenannten Rechtsstaates müssen kleinlaut verstummen. Und würden sie auch mit feterlichem Pathos auf das Prinzip der Rechtsgleichheit pochen — in der Praxis merkt man ohne hin nichts davon, wie wir in einem Schlußartikel zeigen werden.

Brutus.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Kampf der Schutzöllner gegen einander.

In welcher Weise der Schutzöll in der Eisenindustrie zu einem Bereicherungszoll auf der einen und zu einem Bedrückungszoll auf der anderen Seite entartet ist, zeigt eine vom Verein der Roheisen- und Halbzeugverbraucher an den Reichstag eingereichte Denkschrift. Bekanntlich erhebt Deutschland

einen Einfuhrzoll von 10 Mk. auf die Tonne Roheisen, während die Einfuhr von Eisenerz völlig zollfrei erfolgt. Daraus ergibt sich nun, daß die „gemischten Werke“, welche Eisenerz einführen, dasselbe verhütten und dann weiter zu Halbfabrikat verarbeiten, keinen Schutzoll für ihr Produkt zu zahlen haben, denn das Eisenerz ist zollfrei. Auf eingeführtes Roheisen und Fertigisen ruht hingegen ein hoher Einfuhrzoll, der die Konkurrenz ausländischer Werke im Inlande so gut wie ausschließt.

Durch die Syndizierung der Werke, namentlich durch die Gründung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, ist seinerzeit der Inlandspreis noch weiter gesteigert worden, so daß dieser um den Zollbetrag und um die Frachtdifferenz aus dem Auslande höher ist als der Weltmarktpreis. Daraus ergibt sich nun, daß die Roheisen kaufenden und dasselbe weiter verarbeitenden Werke, z. B. die reinen Martinwerke, Puddelwerke und Eisengießereien, gegenüber den gemischten Werken, welche statt Roheisen Erz einführen und dasselbe selber verhütten, im Nachteil sind. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den reinen Walzwerken. Der Rohstoff dieser Werke wird ihnen durch den Stahlwerksverband gleichfalls um den Zollbetrag, und zwar mindestens um 15 Mark die Tonne, verteuert. Das ist von vornherein eine schwere Belastung ihrer Produktion zugunsten ihrer Konkurrenz, der im Stahlwerksverbande organisierten großen gemischten Werke, deren Material von Grund auf zollfrei hergestellt wird. Die Denkschrift unterjocht nun, wie dieser unhaltbare Zustand beseitigt werden kann, und wirft dabei die Frage auf, ob die Einführung eines Zolles auf Erz zu empfehlen sei. Diese Frage wird verneint mit der Begründung, daß die straff organisierten gemischten Werke den Zoll leicht auf die von ihnen abhängigen „reinen Betriebe“ abwälzen würden und diese ganze Maßnahme nur die Erz kaufenden, nicht aber die im Inlande Erzbergwerke besitzenden Werke treffen würde. Da in der Denkschrift eine Unternehmerorganisation gegen eine andere ihre Interessen verteidigt, so liegt es nahe, daß sie auch den Gebanken erwägt, ob nicht eine Syndizierung aller Eisenerzfabrikate möglich sei. Auf diesem Wege würden, so heißt es wörtlich, „die deutschen Einfuhrzölle als Preisbereicherungszölle aufgefaßt und benutzt werden.“ Da das gerade das Ideal aller schutzöllnerischen Unternehmer ist, so würde man diesen Versuch unbedenklich machen, wenn nicht eine Menge sehr gewichtiger Gründe die Ausführung dieses sauberen Planes hinderten. Der Stahlwerksverband als der stärkere will eben die Syndizierung nicht. Er will, so klagt die Denkschrift weiter, den „reinen Werken“ ihr Rohmaterial um den Zollbetrag verteuern, lehnt es aber ab, ihnen die Ausnutzung des Schutzolles auch auf ihr Fabrikat zu ermöglichen.

Der Stahlwerksverband will als der stärkere die „reinen Werke“ konkurrenzunfähig machen, sie auffaugen. Die angegriffenen „reinen Werke“ sagen hierüber:

„Da es nun aber doch nicht angängig ist, daß der Stahlwerksverband die „reinen Werke“ dadurch zugrunde richtet, daß er ganz systematisch den Schutzoll da, wo er sie schädigt, ausnutzt, während Mitglieder des Stahlwerksverbandes da, wo er den „reinen Werken“ helfen würde, die Ausnutzung unmöglich machen, so bleibt nichts anderes, als dem Mißbrauch der Zölle zu Bedrückungsmaßnahmen durch ihre Aufhebung einen Riegel vorzusetzen.“

Was diese Denkschrift besonders interessant macht, sind nicht allein die Tatsachen, welche für den Mißbrauch des Zolles zu einem sogenannten „Bereicherungszoll“ angeführt werden, sondern das ist vor allem der Umstand, daß die Argumente gegen den Zoll von prinzipiellen Befürwortern der Schutzölle ins Feld geführt werden. Auch bei den Eisenzöllen zeigt sich derselbe Mißbrauch, wie wir ihn bei anderen Hochschutzöllen und Ausfuhrprämien beobachten können: Die Syndikate verkaufen nach dem Auslande billiger, manchmal sogar unter dem Selbstkostenpreis, um den Inlandspreis hoch zu halten. Damit wird die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Fertigfabrikate außerordentlich beeinträchtigt und aufgehoben. Der Schutzoll wird zu einem Mittel, die Kleinen zu verjählingen. Wie rapid die Fabriken der Fertigfabrikate in ihrer Produktion zurückgehen, erhellt aus folgenden Zahlen: Der Stahlwerksverband lieferte im Jahre 1905 noch 1 910 634 Tonnen Halbzeug, im Jahre 1906 noch 1 861 924 Tonnen, während die Lieferung im Jahre 1907 auf 1 547 873 Tonnen zurückgegangen ist und nach den Berechnungen der ersten fünf Monate für das Jahr 1908 sogar auf 1 300 000 Tonnen sinken dürfte.

Wir befinden uns in einem gewaltigen Umwälzungsprozess der Eisen- und Stahlindustrie, die kleinen Betriebe werden durch die großen absorbiert. Heute sind es in der Eisenindustrie namentlich die reinen Walzwerke, die Siemens-Martinwerke, die Eisengießereien, die unter der Konkurrenz des Stahlwerksverbandes zu leiden haben. Andere



werden folgen, denn immer neue Zweige der Fabrikation nehmen die synthetischen Großbetriebe auf: Brückenbau, Maschinen aller Art, Träger und Eisenbahnschienen und anderes mehr, werden in denselben Betrieben hergestellt, und die Monopolherrschaft weniger Großindustrieller wird immer ausgebreiteter und fester begründet. Unsere Eisenzüge tragen dazu wesentlich bei.

### Zur Finanzreform

nimmt ein Abgeordneter der Freisinnigen Vereinigung in der „Vossischen Zeitung“ Stellung. Er wendet sich gegen die übermäßige Furcht, daß das Zentrum den Freisinn aus dem Block verdrängen könnte und daß der Freisinn deshalb jede Finanzreform unbedenkenlich zu akzeptieren habe. Im übrigen bestätigt er aber die größte Bereitwilligkeit des Freisinns, mit an der „undankbaren“ Arbeit zu helfen, wenn einige Bedingungen erfüllt würden. An Nachgiebigkeit gegenüber Regierungsforderungen hat es den Freisinnigen in den letzten Jahren nie gemangelt.

### Konferenzen über die Reform der Arbeiterversicherung.

Ende dieses Monats finden im Reichsamt des Innern die von dem Staatssekretär des Innern zugesagten und bereits mehrfach angekündigten Konferenzen mit Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter über die bevorstehende Reform der Arbeiterversicherung statt. Für den 23. Oktober sind Vertreter der Orts-, Betriebs-, Innungs-, Knappschafts-, Krankenkassen und der freien Hilfskassen sowie Vertreter der Kassenbeamten geladen. Am 24. Oktober wird über die Frage des Arzneimittelbezuges für Krankenkassen und der Behandlung von Zahnkrankheiten ebenfalls unter Zuziehung ausgewählter Sachverständiger sämtlicher Interessengruppen verhandelt. Für den 27. Oktober ist eine Besprechung mit Vertretern der Unfallversicherungsgenossenschaften, der Landesversicherungsanstalten und der Ausführungsbehörden unter Beteiligung von Laienmitgliedern des Reichsversicherungsamts angesetzt. Außerdem sind zu allen Verhandlungen, deren Leitung durch den Staatssekretär des Innern, Staatsminister Dr. von Bethmann-Hollweg, erfolgen wird, die beteiligten Reichsbehörden, die größeren Bundesstaaten und das Reichsversicherungsamt eingeladen.

### Geheime Kennzeichnung der Rassenkranken.

Wie dem „Berliner Tageblatt“ in Nr. 521 vom 12. Oktober 1908 mitgeteilt wird, macht der Verein Berliner Rassenärzte für eine „durchgreifende Neuerung bei der Beurteilung“ der Erwerbsunfähigkeit von Rassenkranken lebhaft Stimmung. Es handelt sich nämlich um nichts Geringeres als um geheime Zeichen auf den Attesten, welche die Art der Erwerbsunfähigkeit, ähnlich wie bei den Unfallverletzten, klassifizieren und namentlich auch den Verdacht der Simulation betreffen sollen. Der Verein ist hierzu veranlaßt worden durch die sich ständig steigende Belastung der Krankenkassen und durch die Beobachtung, daß den Rassenmitgliedern gegenüber seitens der Ärzte allzu großes Entgegenkommen bei Erklärung der Arbeitsunfähigkeit gezeigt wird. In Zukunft soll deshalb ein bestimmtes Zeichen bedeuten, daß die Arbeitsunfähigkeit über jeden Zweifel erhaben ist, ein zweites, daß berechtigter Zweifel an der Arbeitsunfähigkeit besteht, ein drittes endlich bliebe für die Mittelfälle, in denen trotz geringen objektiven Befundes doch der Arzt an der Arbeitsunfähigkeit nicht zweifelt, oder in denen der ursprüngliche Grad allmählich sich gebessert hat, so daß Arbeitsfähigkeit bald zu erwarten steht.

Es steht wohl außer Zweifel, daß eine solche geheime Kennzeichnung ihre schweren Bedenken hat und zu argen Unzuträglichkeiten führen muß.

### Gegen die Erbschaftsteuer

hat sich in einer Versammlung auch der national-liberale Abg. Paasche ausgesprochen. Eine solche Stellungnahme steht dem heiligen Parische ähnlich.

### Armenunterstützung und Wahlrecht.

Berliner Blättern zufolge ist im Reichsamt des Innern nunmehr ein Entwurf fertiggestellt worden, der die Vorschriften des Reichstagswahlgesetzes, die bei Empfang von Armenunterstützungen das aktive und passive Wahlrecht entziehen, abändert. Wie verlautet, soll die Entziehung der Wählbarkeit fortbestehen, doch soll das aktive Wahlrecht für gewisse Fälle auch bei Armenunterstützungen gewährt werden. Der Entwurf regelt auch den Einfluß der Armenunterstützung auf den Schöffens- und Geschworenendienst einheitslicher. Er wird dem Reichstage im Laufe des Winters zugehen.

### Die Agrarier und die preussische Wahlrechtsreform.

Die Bülow-Regierung glaubt sich — gestützt auf den Block — fortdauernde Verhöhnungen der Wahlrechtsfreunde erlauben zu können; so erst neuerdings wieder mit der Kundgabe der Absichten, bis 1909 an der Wahlrechtsreform zu arbeiten, um daraus eine geeignete Grundlage für die preussische Wahlrechtsreform zu machen. Diese offensibare Bräskierung stieß selbst in einigen bürgerlichen Organen auf Widerspruch und dagegen wendet sich nun die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ mit folgenden Bemerkungen:

Es ist von der preussischen Regierung niemals in Aussicht gestellt worden, daß die geplante Reform des Landtagswahlrechtes über das Knie gebrochen werden solle. Im Gegenteil, die Vertreter der Regierung haben sich mehrfach und mit gutem Rechte dahin ausgesprochen, daß eine Reform nur auf dem Grunde sorgfältiger Vorbereitungen angebahnt und versucht werden könne. Daß aber diese Vorbereitung nicht nur in statistischen Erhebungen, sondern in den gründlichsten und umfassendsten Erwägungen bestehen muß, daß die statistischen Erhebungen sich nicht bloß auf Preußen beschränken dürfen, und daß sie geraume Zeit beanspruchen, liegt auf der Hand. Wenn die Regierung so gründlich verfahren will, wie es ihre Pflicht ist, so kann sie unmöglich mit den Vorarbeiten im nächsten Jahre fertig werden.

Dem agrarischen Blatt wäre es selbstverständlich am liebsten, die preussische Regierung würde überhaupt nicht

fertig mit ihren Vorarbeiten. Aber ihre Hoffnungen dürfen an der Energie des Volkes zerschanden werden; es wird doch noch möglich sein, auch der übermühtigen preussischen Bürokratie Beine zu machen.

### Ein neues Ausnahmengesetz gegen die Landarbeiter in Aussicht?

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, haben die preussischen Ministerien des Innern und der Landwirtschaft die Verwaltungsbehörden in einem Erlaß angewiesen, die Landwirtschaftskammern bei ihren Erhebungen über den Kontraktbruch der in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter auf Erfordern nach Möglichkeit zu unterstützen. Es wird hierbei darauf hingewiesen, daß der Mangel an zuverlässigen Unterlagen über den Umfang des Kontraktbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter nachteilig empfunden wird. Die Landwirtschaftskammern beabsichtigen, diesem Mangel nach Möglichkeit abzuhelfen und zu diesem Zwecke, unter Benützung der bei den Ortspolizeibehörden vorhandenen Unterlagen, Erhebungen zu veranstalten, die auch im Staatsinteresse als dringend erwünscht erachtet werden.

Die letzten Worte können kaum anders gedeutet werden, als die preussische Regierung drauf und draus ist, ein neues Ausnahmengesetz gegen die landwirtschaftlichen Arbeiter vorzubereiten. Was für „Material“ übrigens durch die von den Junkern beherrschten Landwirtschaftskammern zutage gefördert werden wird, kann man jetzt schon ausmalen. Vielleicht dehnen diese Korporationen ihre Erhebungen auch gleich mit auf die Ursachen des Kontraktbruchs, die miserable Behandlung und Entlohnung der Landarbeiter, ihre Wohnungsverhältnisse ufm. aus. Es könnte dabei recht erbauliches Material ans Tageslicht kommen.

### Nationalliberale Jugend.

In Elberfeld tagte am Sonnabend und Sonntag der Reichsverband der nationalliberalen Jugend. Die „gereifte Lebensauffassung“, die zum Eintritt in die Reihen der Alten befähigt, beginnt bei den politischen Mamelucken des Nationalliberalismus erst mit dem vollendeten 40. Lebensjahr; wer dieses mit der echten politischen Weisheit geeignete Schwabenalter noch nicht erreicht, hat das unveräußerliche Recht, Ideale zu besitzen und kann sich für seinen jugendlichen Feuereifer einen jungliberalen Verein als geeignetes Wirkungsfeld aussuchen. Dort kann er seinen „jugendlichen Idealismus“ austoben und für die liberalen Prinzipien schwärmen, die der deutsche Liberalismus schon vor einem Menschenalter endgültig an den Nagel gehängt hat. Die Vereine der nationalliberalen Jugend werden von den Alten, wenn auch anfangs recht widerstrebend, geduldet, man gesteht ihnen bei Festbanketten und ähnlichen feierlichen Anlässen auch einmal das Recht zu, „den Alten einmal ein bißchen den Kopf anzuseuern“, wie ein Mitglied der nationalliberalen Landtagsfraktion in seiner Begrüßungsrede am Sonnabend erklärte, und benutzte sie im übrigen dazu, der Wählerschaft vor den Wahlen zu den gegebenen Körperkorporationen liberalen Dunst vorzumachen. Diesem läßlichen Zweck zu dienen, war auch der diesjährige Vertretertag in Elberfeld bestimmt, ohne daß man freilich den Arranguren das Kompliment besonderer Geschicklichkeit machen konnte.

Nach einer nichtöffentlichen Sitzung, in der vor allem geschäftliche Angelegenheiten zur Sprache kamen, referierte der Verbandsvorsitzende, Rechtsanwalt Fischer-Köln, über die jungliberale Bewegung und die politische Lage. Sein Referat war ein ergötzlicher Eieranzug um die liberalen Prinzipien, die bei der nationalliberalen Praxis gar zu schlecht weggelassen. So betonte er die Notwendigkeit des Reichstagswahlrechtes für die einzelstaatlichen Parlamente, „das dem heutigen geistigen und materiellen Kulturzustand unseres Volkes entspricht“, um gleich darauf zugeben zu müssen, daß die nationalliberale Partei mit Zustimmung der Jungliberalen bei den letzten Landtagswahlen in Preußen diese Forderung in den Winkel gestellt hat.

Das sei aus taktischen Gründen geschehen, erklärte der Redner, weil nur ein Illusionist annehmen könne, daß in Preußen die taktische Möglichkeit bestehe, von dem heutigen veralteten Dreiklassenwahlrecht zu dem modernen Reichstagswahlrecht überzugehen. Die Partei mußte geschlossen und einig in den Wahlkampf eintreten, und um dies zu erreichen, habe man eben auf das Prinzip verzichtet! Diese echt nationalliberale Logik wurde von den versammelten Jungen mit begeistertem Beifall begleitet, woraus die Alten die tröstliche Gewißheit schöpfen mögen, daß ihr Nachwuchs den alten „Bannerträgern des Liberalismus“ ebenbürtig ist.

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich der Redner noch mit der Reichsfinanzreform. Er förderte dabei den aus den liberalen Zeitungen genügend bekannten Pfaffenkohl erneut zutage, ein näheres Eingehen darauf würde nur Zeitverschwendung bedeuten. Hervorgehoben sei nur die immer von neuem hervorklingende Furcht, die Regierung könne die Finanzreform allein mit Zentrum und Konservativen machen und so dem Block ein frühes Ende bereiten. Dieser Eventualität empfahl der Redner vorzubeugen durch ein enges Zusammenwirken der Blockparteien und die Ausschaltung des Zentrums. In einer Resolution wird derselbe Gedanke ausgesprochen und als Kompensation für die Mitarbeit der Liberalen eine Reform des preussischen Landtagswahlrechtes gefordert. Diesem Verlangen trat das Mitglied der nationalliberalen Parteileitung, Oberlandesgerichtspräsident Ham, entschieden entgegen. Er akzeptiere die Resolution, hoffe aber, daß die Stellung der Partei zur Finanzreform nicht abhängig gemacht werde von der preussischen Wahlrechtsreform. In der weiteren Diskussion wurde diese Ansicht auch von Rednern der „Jungen“ vertreten. So erklärte ein Herr Schaak-Bodum:

Wir dürfen überhaupt die rechte Seite der Partei nicht vor den Kopf stoßen. Die Großindustrie in Rheinland-Westfalen hat das Recht, berücksichtigt zu werden. Lassen wir uns in religiösen Fragen zu weit nach links drängen, dann gehen uns die evangelischen Arbeiter verloren, und gehen zur christlich-sozialen Partei. Galtten wir uns wirtschaftlich zu sehr links, dann verlieren wir die Großindustrie und dann haben wir gar nichts mehr.

Das schlechteste Resultat der Verhandlungen war die Annahme der Resolution mit allen Stimmen. Daß sie auf dem Papier stehen bleibt, dafür wird die national-liberale Reichstagsfraktion unter der Führung der Basse-mann und Paasche sorgen. Die ganze nationalliberale Sämmerlichkeit kam aber zum Vorschein bei den Verhandlungen über die Agrarfrage und einen Antrag Stuttgart, der die auswärtige Politik der deutschen Regierung wegen ihres „unstaten, bald allzu heftig vordringenden, bald übermäßig zurückweichenden“ Charakters tadelte. Dieser Antrag wurde von der Tagesordnung abgesetzt mit „Rücksicht auf die gegenwärtige gefährliche Situation in den auswärtigen Angelegenheiten“. Und bei der Behandlung der Agrarfrage verfiel sich der „liberale“ Referent gar zu der Forderung, daß eine Ausdehnung des Koalitionsrechtes auf die Landarbeiter nicht erfolgen dürfe. Die Versammlung erklärte sich mit diesen Ausführungen prinzipiell einverstanden! An der hinreichenden Qualifikation der „Jugend“ zur Vertretung der nationalliberalen Grundlosigkeit wird man nach diesen Proben nicht mehr zweifeln können.

### Der „Fleck auf der Ehre“.

Die junkerliche „Kreuztg.“ hat einen Fleck auf der Ehre des Deutschen Reiches entdeckt. In ihrer letzten sonntäglichen politischen Wochenschau leistet sie sich folgende Bemerkungen:

„Die Erfahrungen, die wir jetzt bei der Erörterung der Reichsfinanzreform machen, zeigen wieder einmal den ganzen unverwundlichen Idealismus des deutschen Volkes. Außer bei einer kleinen Minderheit verbitterter Demokraten ist in allen nationalen Parteien nach dem Schrecken über die Ziffern der Eydowischen Eröffnungsbilanz der feste Wille eingetreten, das Defizit, diesen „Fleck auf der Ehre“ des Deutschen Reiches, zu tilgen.“

Dieser sonderbare „Fleck auf der Ehre“ kann nicht, wie die Junker das bei wirklichen und vermeintlichen Flecken auf ihrer persönlichen Ehre lieben, mit Blut abgewaschen werden. Da muß man in die Tasche langen. Aber wie sie es so gewohnt sind, mögen sie nicht in die eigene Tasche greifen, sondern greifen lieber in die Taschen der minderbemittelten Volkskreise. Und da dichten sie diesen noch einen „unverwundlichen Idealismus“ an, der sie zum Steuerzahlen begeistern soll! Wo ist denn dieser „unverwundliche Idealismus“ bei den Junkern und Agrariern? Sie wehren sich bekanntlich mit Zähnen und mit Klauen dagegen, von der Eydowischen „Finanzreform“ selbst mit gefaßt zu werden. Wenn es von ihnen abhängen würde, daß sie selbst dazu beitragen sollten, den „Fleck auf der Ehre“ zu tilgen, so würde er sicher ungetilgt bleiben, trotz ihres angeblich so hoch entwickelten Ehrgefühls.

### Das „liberale“ bayerische Justizministerium — oder wie man in Bayern Preßsünder behandelt.

Verschiedene bayerische Delegierte zum Nürnberg Kongress schilderten das „liberale“ Bayern in so verlockenden, um nicht zu sagen verückten Tönen, als ein Land, wo die Milch und der Honig der „staatsbürgerlichen“ Gleichberechtigung fließet, daß man mit einer starken Abwanderung der Arbeiter aus den Barbarenländern Preußen und Sachsen in die gesegneten Kulturgebiete der bayerischen Pfaffen rechnen mußte. Und ein Hauptvorwurf, den man den „Norddeutschen“ machte, bestand darin, daß sie Süddeutschland und speziell Bayern zu wenig kannten. Es scheint jedoch, daß die angeblich so geringe „Kenntnis“ der „Norddeutschen“ über die bayerischen Verhältnisse für die bayerischen Parlamentarier und Budgetbewilliger ein wahres Glück gewesen sei. Denn jetzt, wo sich „die Norddeutschen“ etwas mehr um die berühmten bayerischen Verhältnisse kümmern, stellt sich das schier Unglaubliche heraus, daß auch in Bayern mit Wasser gekocht wird, daß auch in Bayern in derselben infamen Weise auf die „staatsbürgerliche Gleichheit“ gepöflet wird, wie in Preußen oder Sachsen. Wir hatten schon den Fall Hoffmann erwähnt, wo ein sozialdemokratischer Lehrer mit der Maßregelung bedroht wurde — genau so wie in Preußen oder Sachsen. Jetzt teilt die „Münchener Post“ ihren Lesern folgendes mit:

„Der Verleger und Redakteur eines Münchener Blättchens, Anton Leib, wurde diese Woche vom hiesigen Schöffengericht wegen eines Vergehens der Beleidigung, verübt durch die Presse, zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Leib verblüht zuerst in der Gefangenenanstalt Amberg eine sechsmonatige Gefängnisstrafe wegen Majestätsbeleidigung, ebenfalls verübt durch die Presse, und hat von dieser Strafe bereits 11 Wochen abgesehen. Zur schöffengerichtlichen Verhandlung wurde er nun hierher transportiert — in Gefängniskleidern und mit einem anderen Sträfling zusammengepackt!“

Die „Münchener Post“ macht dazu folgenden Kommentar:

„Nun sagt man zwar, daß das bayerische Justizministerium von einem modernen Geiste angehaucht sei und einige vernünftige Erlasse des Justizministeriums scheinen das zu bestätigen. Allein was nützen solche Erlasse, wenn die Autorität des Justizministeriums nicht hinreicht, die Justizbeamten zu veranlassen, im Sinne dieser Erlasse zu handeln. Das höhere Beamtenamt im Bereiche des Justizministeriums scheint mit sehr vereinzelten Ausnahmen so vernünftig zu sein, daß es modernen Erlassen gar nicht zu folgen vermag. Wenn der Herr Justizminister daher Ernst machen und seinen Anschauungen Geltung verschaffen will, dann muß er einen eisernen Besen zur Hand nehmen und ihn insbesondere auch in seiner Umgebung gebrauchen. Die bayerische Presse aber hat, sofern sie gesonnen ist, ihre eigenen Interessen zu wahren, alle Veranlassung, gegen den empörenden Vorfall energisch zu protestieren. Hier ist nicht der einzelne, der zufällig das Gefängniskleid und die Fesseln trug, sondern ein ganzer Stand aufs tiefste beleidigt und zurückgesetzt worden, zurückgesetzt hinter Mörder, Räuber, Fälscher und Diebe. Denn während hier der Journalist, der um keines andern Vergehens willen als wegen Beleidigung verfolgt wurde, in Gefängniskleidung im Gerichtssaale erscheinen mußte, sahen wir schon Mörder und Räuber in Zivilkleidern auf der Anklagebank sitzen, und neben ihnen saß als Überwachender ein Kriminalschutzmann, während man dem Journalisten einen uniformierten, mit einem Säbel bewaffneten Gefängnis-auffeher zur Begleitung gab. Nicht der einzelne Fall ist es, der zum Proteste herausfordert, hier ist



Front zu machen gegen eine Anschauung, die in gewissen Kreisen noch maßgebend ist und von der Gutgläubige annehmen, daß sie in Bayern bereits überwunden sei.

Wir müssen gestehen: derart infame Zustände, wie die Münchener Post aus Bayern erzählt, hätten wir für Bayern für völlig unmöglich gehalten.

**Rußland.**

Also doch! Der Minister für Volksaufklärung bestätigte die Wahl Leo Tolstois zum Ehrenmitglied der Petersburger Universität.

**Bulgarien.**

**Die Sozialdemokratie und die Unabhängigkeitserklärung.** Man schreibt dem „Vorwärts“ aus Sofia vom 7. Oktober: Vom sozialdemokratischen Standpunkt aus ist sicher gegen die nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung eines Volkes nichts einzuwenden. Ebenso kann man Bulgarien das Recht zugestehen, die ost-rumelische Strecke der orientalischen Eisenbahnen in Staatsbesitz zu übernehmen. Die bulgarischen Sozialdemokraten haben vielfach aus sozialpolitischen Gründen die Verstaatlichung gefordert. Allerdings ohne Erfolg, da die bulgarischen Machthaber sozialpolitischen Argumenten nicht zugänglich waren. Für sie waren nur strategische Rücksichten maßgebend. Anders aber steht es mit der Frage, ob die bulgarische Regierung die passende Zeit und die richtigen Mittel für ihre Aktion ausgewählt hat. Und hier kann das Urteil nur lauten, daß man die abenteuerliche Weise, in der die Regierung vorgegangen ist, aufs schärfste verurteilen muß. Der neue „Zar“ hat nur als Werkzeug der österreichischen Aspirationen auf dem Balkan gehandelt. Die bulgarische Sozialdemokratie steht einem solchen Verhalten vollständig ablehnend gegenüber.

**Serbien.**

**Enthüllungen über den serbischen Königsmord.** Ein Grazer Blatt veröffentlicht sensationelle Mitteilungen zum serbischen Königsmord. Danach ergibt das Fremdenregister des Genfer Meldeamts, daß vom 25. bis 30. Mai 1903, wenige Tage vor dem Königsmord, die drei bekanntesten Anführer der Mordpartei im Hotel des Prinzen Peter (jetigen Königs von Serbien) in Genf gewohnt haben. In der Nacht der Ermordung des Königs Alexander erhielt Prinz Peter ein Privattelegramm aus Semlin, das lautete: „Zug nach Kufuplan abgegangen.“ Das Blatt erklärt, Urkunden abschriftlich in Händen zu haben.

**Die Stupischina** nahm in öffentlicher Sitzung einen Beschluß an, in dem sie sich hinter die Regierung stellt und derselben ihr Vertrauen ausdrückt. Der Kriegsmilitarminister brachte einen Gesetzentwurf betr. Bewilligung von 16 Millionen Dinars zur Ergänzung der Heeresausrüstung ein.

**Kreta.**

Die Kammer ist gestern vormittag zu einer Sitzung zusammengetreten, an der die muslimanischen Abgeordneten nicht teilnahmen. Die Kammer sprach sich offiziell für die Vereinigung mit Griechenland aus.

**England.**

7 1/2 Millionen Menschen sind durch die Arbeitslosigkeit in England dem Hunger überliefert. Was wird die Regierung hiergegen unternehmen?

**Aus Lübeck und Nachbargebieten.**

**Dienstag, den 13. Oktober.**

**Achtung Maurer!** Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Madel, Fackenburg Allee Nr. 51, Jabs, Werderstraße Nr. 28 die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Görner u. Heidenreich: Fünfhausen Nr. 21—23, Grützmühle in der Hasenstraße, Siedbau Markt, Kallenhof bei Schwartau.

**Achtung Bauarbeiter!** Über die Siedbauarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Madel und J. Jabs im Fünfhausen und über den Bau Hasenstraße (Grützmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

**Keine Sozialreform aber neue Steuern,** so lautet das Thema, über welches am kommenden Sonnabend Abend der Reichstagsabgeordnete Genosse Richard Fischer-Berlin in einer großen Volksversammlung im Vereinshaus sprechen wird. Es ist dringend notwendig, daß auch die Lübecker Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit Protest einlegt gegen eine Abstützung der Regierung, die dahin geht, der breiten Masse des Volkes, die schon jetzt unter dem Drucke der wirtschaftlichen Verhältnisse schwer zu leiden hat, noch mehr Lasten als bisher aufzuerlegen, um weitere Mittel für die unsinnige Militär-, Marine- und Kolonialpolitik des Reiches zu erhalten. Selbstverständlich findet freie Diskussion statt, in der jedem Redner uneingeschränkte Redefreiheit zugesichert ist. Arbeiter, Genossen, sorgt dafür, daß am kommenden Sonnabend der große Saal des Vereinshauses bis auf den letzten Platz besetzt ist.

**Aus der Volksschule.** Wir berichteten vor einigen Tagen, daß von der Oberbehörde die Anordnung getroffen worden sei, daß im kommenden Winter auch in den Volksschulen ein geteilter Unterricht nicht mehr stattfinden solle. In den höheren Schulen wird bekanntlich während des ganzen Jahres nur in den Vormittagsstunden unterrichtet. Für ein derartiges Verfahren sprechen sicherlich mancherlei Gründe und wir konnten es deshalb nur begrüßen, wenn die Behörde wenigstens in dieser Beziehung den Unterschied zwischen den Volksschulen und höheren Schulen beiseite ließ. Wie sich nun herausgestellt hat, ist die Beiseitigung des Nachmittagsunterrichts nur in einigen Volksschulen erfolgt, während in anderen der geteilte Unterricht beibehalten wurde. Warum das geschehen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Im Interesse der Einheitlichkeit der Volksschule wäre es gewiß richtiger gewesen, wenn man den Unterricht überall gleichgelegt hätte.

**Zahlt Schulgeld.** Das für Schüler der Zahlschulen für das 3. Vierteljahr des Schuljahres 1908-09 (Michaelis bis Neujahr) zu zahlende Schulgeld ist in der Zeit vom 10.

tag, den 12. bis zum Sonnabend, den 24. Oktober, werktätlich vormittags von 9—1 Uhr und nachmittags von 3—5 Uhr bei der Kasse der Oberschulbehörde, Glockengießerstraße Nr. 4, unter Vorlegung der Schulgeldquittungsbücher zu entrichten.

**Die Badeankalen Krähentich und Falkendamm** werden am Donnerstag, den 15. Oktober abends geschlossen.

**Frei-Badeanstalt Falkenwiese.** Die Temperatur betrug am 12. Oktober, morg. 8 Uhr: Wasser 12, Luft 8; 10 Uhr: Wasser 12 1/2, Luft 14; mittags 12 Uhr: Wasser 13, Luft 16; abends 6 Uhr: Wasser 13, Luft 12 Grad Celsius.

**Gegen den Medaillenschwindel,** der zu Reklamezwecken inszeniert wurde, um auch schlechte Waren leichter an den Mann zu bringen, soll demnächst energischer eingeschritten werden. Die Ständige Ausstellungskommission für die deutsche Industrie hatte bei der Reichsverwaltung den Antrag gestellt, darauf hinzuwirken zu lassen, daß die staatsanwaltschaftlichen Behörden angewiesen werden, in den Fällen der Reklame mit Schein- und Schwindelmedaillen das öffentliche Interesse im Sinne des § 12 Absatz 3 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes als gegeben zu betrachten und eventuell unter diesem Gesichtspunkte auf entsprechenden Antrag Strafverfolgung einzuleiten. Auf diesen Antrag ist der Ständige Ausstellungskommission der Bescheid geworden, daß der preussische Justizminister bereits eine Rundverfügung erlassen habe, worin es heißt, daß von den Staatsanwaltschaften in Fällen des unlauteren Wettbewerbes ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung im allgemeinen nur dann verneint werden darf, wenn die Ausschreitung leichter Art ist und zugleich nur das Interesse eines engbegrenzten Personenkreises berührt; bei dem Medaillenschwindel trifft dies aber regelmäßig nicht zu.

**Die Protokolle über den Münnberger Parteitag** sind erschienen. Der Ladenpreis derselben beträgt 1,25 Mark. An Mitglieder der Partei werden die Protokolle zum Selbstkostenpreise von nur 65 Pfennigen abgegeben. Wir ersuchen die Parteigenossen, recht zahlreich von dieser Vergünstigung Gebrauch zu machen und die Protokolle unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches im Parteisekretariat, Johannstraße Nr. 50, beim Genossen Weyers zu bestellen.

**Neues Stadttheater.** Heute Dienstag geht die romantisch-komische Oper „Martha“, oder der Markt zu Richmond von Flotow in der bereits bekanntgegebenen Besetzung in Szene. Morgen Mittwoch erscheint die Novität „Wolkenkräher“, eine amerikanische Komödie von Carl Kötter und Ludwig Heller auf dem Spielplan. In den Hauptrollen sind die Herren Fuchs, Stahl-Nachbar, Holfstein, Albert, Reichmeyer, Lassen, Ahlert, sowie die Damen Riemer, Gorsch, Brandes, Hoehne, Bog und Walter beschäftigt. Die Inszenierung liegt in Händen des Herrn Oberregisseurs Fuchs. Am Donnerstag gelangt Wilhelm Kienzls große Oper „Der Evangelimann“, welche bei ihrer ersten Aufführung einen so glänzenden Erfolg zu verzeichnen hatte, zur Wiederholung. Am Freitag wird Richard Wagners große Oper „Lohengrin“, vielseitigen Wünschen entsprechend, nochmals wiederholt.

**Stadthallen-Theater.** Am Freitag, den 16. Oktober abends 8 Uhr, geht die erfolgreiche Schwanke-Novität „Die gelbe Gefahr“ von Carl Kraak und Georg Okonowsky hier erstmalig in Szene. — Der Vorverkauf der Billetts findet von morgen, Mittwoch, ab, in den Zigarrenhandlungen von Friedrich Nagel, am Markt 13 und Carl Rog, Mühlenstraße 19, statt. Dugendkarten sind gleichfalls stets in den vorgenannten Geschäften erhältlich.

**Herrnburg.** Ein „guter“ Staatsbürger. In Herrnburg ist unsere Bewegung erfreulicherweise sehr stark entwickelt. Das gefällt selbstverständlich verschiedenen Leuten nicht, auf welche die rote Farbe wie auf ein gewisses Tier wirkt. Zu diesen Leuten gehört auch der Bauer Wienke, den es besonders zu ärgern scheint, daß wir hier ein schönes Lokal zur Verfügung haben. Der Wirt, Herr Dechow, ist vernünftigerweise nicht einseitig; er gibt sein Lokal für Versammlungen jeder politischen Richtung her. Was tat nun Herr Wienke? Er setzte sich auf seinen Hofboden und schrieb eine Eingabe an die Landvogtei in Schönberg, in welcher er als „guter Bürger“, wie er sich selbst bezeichnete, sich dagegen wendet, daß eine Dorfschaftsversammlung bei Dechow stattgefunden hat. Er ginge nicht in derartige Lokale, die von den Roten frequentiert würden und verlangte, daß in Zukunft derartige Versammlungen überhaupt nicht mehr in Wirtschaften abgehalten werden. Das eigenartigste an der Sache ist nun, daß Wienke vor einigen Jahren, als er noch eine Milch- und Kaffeewirtschaft besaß, gern die Sozialdemokraten bei sich sah. Damals scheute er sich nicht, das Geld der Roten anzunehmen; vielleicht nimmt er es jetzt noch gern und ist nur ergrimmt darüber, daß er es nicht erhält. Das ganze denunziatorische Vorgehen dieses „guten Staatsbürgers“ zeigt dessen staatsfeindlichen Charakter in eigenartiger Weise; wenn so ein Mann die Lokale meidet, in denen Sozialdemokraten verkehren, dann hat sicherlich niemand dabei etwas verloren.

**Hamburg.** Der Untergang der „Nipponia“. Es ist leider nicht mehr daran zu zweifeln, daß die dreizehn fehlenden Mann der Besatzung des Kunstmannschen Dampfers „Nipponia“ ihren Tod in den Wellen der Nordsee gefunden haben. Von den zehn Geretteten sind dem 1. Ingenieur Bugdahn bei dem Zusammenstoß der Brusttafen gewußt, dem Feizer Sielow ein Arm gebrochen, dem Zimmermann Teusch die Schulter ausgerenkt worden. Der Kapitänsteward Huber hat Fleischwunden an den Armen davongetragen. Mit Ausnahme dieser drei Leute, die im Seemannskrankenhaus Aufnahme gefunden haben, ist die gerettete Mannschaft inzwischen nach Stettin übergeführt worden. Das Wrack des „Nipponia“, die durch Kollision mit dem Dampfer „Pretoria“ unweit Haaks Feuererschiff gesunken ist, liegt auf 52 Gr. 48 Min. Nord-Breite und 4 Gr. Ost-Länge in Stellung rw. SW. von Haaks Feuererschiff und befindet sich recht im Kurse der nach und von dem Kanal steuernden Schiffe. Höchstwahrscheinlich ist „Nipponia“ auseinander gebrochen; der eine Teil ist getrennt, während der andere Teil aufrecht steht und sein Mast etwa 7 Meter aus dem Wasser ragt. Die Tiefe bei der Wrackstelle beträgt etwa 26 Meter.

**Ginshorn.** Ein Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich Sonntag abend 9 Uhr 47 Min. beim Einfahren des von Glesburg kommenden Schnellzuges 23 in den Bahnhof Ginshorn. Der Schaffner Böh, wohnhaft in Hamburg, wollte aussteigen, bevor der Zug hielt, und zwar an der dem Bahnsteig abgewendeten Seite. Hierbei lag er in der Dunkelheit nicht den Mast des Vorpostens und wurde so heftig dagegen geschlagen, daß ihm die Laterne auf der Brust völlig breitgeschlagen wurde und er mit einem schweren Schädelbruch niedersank. Der Verletzte wurde sofort dem Krankenhaus zugeführt, das er aber nicht mehr lebend erreichte. Der Verunglückte war verheiratet und hinterließ eine junge Witwe.

**Reinshofer.** Ein gewaltiges Schadenfeuer wütete Sonntag in Tschelsdorf im Kreise Borkenholzm. Das Feuer entstand nachmittags 5 Uhr in den Stallungen des Vollhufners Karl Butenhschön und breitete sich von dort auf den gesamten Hof aus. Das Wohnhaus, die Ernte und eine Anzahl Schweine sind mitverbrannt. Es hat viel Mühe gekostet, die stark gefährdeten Nachbargrundstücke zu retten. Die Wehren waren die ganze Nacht mit dem Wüthen beschäftigt. Die Entstehursursache ist unbekannt.

**Die Hehne.** Beschimpfung der Sozialdemokratie durch einen Richter. In Hehne fand eine Volksversammlung statt, die sich unter anderem mit der unqualifizierbaren Beschimpfung der Sozialdemokratie durch einen Richter befaßte. Es handelte sich um folgenden Vorgang: In Kremepe in Holstein hatte sich vor dem dortigen Schöffengericht ein Stielmacher wegen Verleumdung eines Genbarmetrie-Wachtmessers zu verantworten. Als besonders inkriminierend wurde die Äußerung des Arbeiters angesehen: „Sie sind ja auch ein Sozialdemokrat.“ Der Arbeiter wurde deshalb zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt. In der schriftlichen Begründung dieses Urteils findet sich folgender Abschnitt:

Bedeutend ist schon im täglichen Leben für den auf Wohlstandigkeit haltenden Privatmann die Verunglimpfung, als Sozialdemokrat bezeichnet zu werden, da die Ziele dieser Partei unvereinbar sind mit den Geboten der Religion, der Königstreue und Vaterlandsliebe, so ist dies in erhöhtem Maße für Beamte und Militärpersonen der Fall. Beamte und Militärpersonen, die sich in Preußen zur sozialdemokratischen Partei bekennen, müssen als Schurken bezeichnet werden; denn sie würden sich durch ihr Bekenntnis zu dieser Partei in schärfsten Widerspruch setzen mit ihrem Dienst- resp. Fahneneid.

Der Amtsrichter, der dieses Urteil fällt, heißt Schuhmacher. Die Versammlung, in welcher der Reichstagskandidat Genosse Paul Müller aus Hamburg referierte, erhob den schärfsten Widerspruch gegen diese Angriffe. Es wurde eine Resolution angenommen, die die Äußerung des Richters als groben Verstoß gegen die richterliche Objektivität bezeichnet. Es wurde ausgesprochen, daß von diesem Richter ein unparteiisches Urteil gegen Angehörige der organisierten Proletariat nicht erwartet werden könne. Die Versammlung empfiehlt daher allen politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern von Hehne und Umgegend, künftighin den Amtsrichter Schuhmacher in allen Prozessen wegen Verurteilung der Befangenheit abzulehnen. Die Versammlung beschloß weiter, von dieser Resolution dem Landesgerichtspräsidenten in Altona, dem Oberlandesgerichtspräsidenten in Kiel, dem Justizminister und den Staatssekretären des Reichsjustizamts sowie der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Kenntnis zu geben.

**Reudsborg.** Großfeuer. Das sehr umfangreiche Gewese des Fuhrers Jakob Stiers in Hamdorf brannte Montag früh bis auf einen Stall nieder. Vom Mobiliar wurde der größte Teil gerettet. Der Schaden an Futtervorräten ist sehr bedeutend, da im ganzen etwa 400 Fuder verbrannt sind. Vieh ist nicht umgekommen.

**Husum.** Zur Affäre Schücking wird aus Husum berichtet, daß die Bürgerchaft im Gegensatz zum Stadtverordnetenkollegium eine durchaus günstige Stellung dem Bürgermeister gegenüber einnehme. Man sei über das Verhalten der Stadtverordnetenversammlung empört und rechne sogar damit, daß einige Stadtverordnete von ihrem Amt zurücktreten werden.

**Man.** Gistige Beeren. In Hof Schlemmin fand das 8 1/2-jährige Kind einer dortigen Tagelöhnerfamilie beim Spielen einen Beerenbusch und verzehrte die Früchte desselben. Am andern Morgen starb das Kind. Es stellte sich heraus, daß das Kind eine Menge der giftigen Beeren des Nachtschattens gegessen hatte.

**Wismar.** Ein auffallend erregender Prozeß, der auch außerhalb Mecklenburgs großes Interesse erwecken dürfte, wird sich hier nächstens abspielen. Vor einigen Monaten unterzog die hier erscheinende „Mecklenburger Warte“ in verschiedenen Leitartikeln die städtische Verwaltung und namentlich das Provinzialratswesen einer vernichtenden Kritik; auch wurden Provisoren namhaft gemacht, die ihr Amt zur Erlangung persönlicher Vorteile mißbraucht hätten. Unumwunden erklärte außerdem der verantwortliche Redakteur, ihm wäre es bei den Ausdeckungen darum zu tun, den Rat zu entschiedener Stellungnahme zu zwingen. Der Rat stellte darauf wegen Verleumdung Klageantrag, und nun haben sich auch die 22 Provisoren entschlossen, als Nebenkläger aufzutreten.

**Schwerin.** Das Landtags-Theater in Schwerin wurde gestern erneut eröffnet. Die Regierung ließ erklären, daß sie weitere Beratung wünscht. Der Vorschlag der Ritter auf dem Mai-Landtag sei für sie unannehmbar. Die Regierung wiederholt ihre damalige Forderung in unveränderter Form. Sie sagt dann aber, daß sie in den Einzelheiten auf Abänderungen eingehen würde. Die Landtagsherren unterhielten sich dann stundenlang über die Zusammenlegung der Landtagskommission, die nach dem Willen der Ritter der Regierungsvorlage das Grab schaufeln soll. Die denken nämlich gar nicht daran, den Entwurf der Regierung zu akzeptieren. — Und das Volk wünscht dem Monstrum bekanntlich ein möglichst schnelles Ende!

**Bremen.** Gesunkener Fischdampfer. Der Oldenburger Fischdampfer „Heinrich“ ist 53 Grad N. 6 Grad O. gesunken, die Mannschaft wurde durch den Neptundampfer „Castor“ gerettet.

**Sprechsaal.**

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

**Die Viehtransporte.**

Bei den vielen Viehtransporten vom Bahnhof über die Brücke bei der Meierstraße nach der Fackenburg Allee muß man sich wundern, daß nicht schon Unglücksfälle passiert sind; es kommt dort vor, wie in den letzten Tagen von vielen dort beschäftigten Personen beobachtet wurde, daß 80 bis 86 und noch mehr Kühe und Bullen von nur 4—6 Männern und zum Teil sogar Knaben geführt wurden. Die Führer besitzen häufig nicht die Macht, das ströme Vieh zu halten, so daß dieses sich öfter losreißt, den zu Schwachen Führer mitzieht und nicht nur den ganzen Fahrdamm, sondern auch das Trottoir berennt. Da nun viele Kinder von zum Schulgang diesen Weg benutzen müssen, besteht große Gefahr, daß diese überrannt und getreten werden. Ähnlich ist es auch in der Kirchenstraße und dem Steinradweg, wo schon öfter die Kreider darauf aufmerksam gemacht wurden. Die Anwohner, die das machen, wurden jedoch von den Kreidern in grober Weise beschimpft und mit Prügel bedroht. Es wäre nun dringend geboten, daß unsere Polizeibehörde diesen Transporten mehr Aufmerksamkeit schenkt und daß sie nicht erst wartet, bis ein Unglück geschehen ist.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Göwig; für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling; Verleger: L. H. S. J. in Druck: F. J. I. J. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



Grosse öffentliche

# Volkswerksammlung

am Sonnabend, den 17. Oktober 1908,

abends 8 1/2 Uhr,

im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

## Keine Sozialreform, aber neue Steuern.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Richard Fischer-Berlin.**

**Freie Diskussion.**

Die Bevölkerung Lübecks wird zu zahlreichem Besuch dieser Versammlung, in der gegen die neuen Steuerlasten protestiert werden soll, freundlichst eingeladen.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Zur Einnahme des Winterbedarfs jetzt günstigste Zeit!

Wir empfehlen von laudend ein-  
treffenden Sendungen:

**Pa. Magnum bonum**  
**la. Lauenburger Eierkartoffeln**  
in schönster, gesunder Quali-  
tät, zu billigsten Tagespreisen. —  
Kochproben werden gern verab-  
folgt.

**Spethmann & Fischer**  
— Kartoffelgroßhandlung —  
Beckergrube 59. Telefon 102.

Die so gern gekaufte  
**Land-Mettwurst**  
ist wieder dauernd vorrätig.  
Empfehle ferner:  
**Land-Leberwurst**  
Pfd. 90 Pfg.

**Fedder J. Behm**  
Beckergrube 33, (Gde. Fünfhausen).  
Empfehle aus eintreffenden Waggons:  
**Prima Lauenburger**  
**Gier-Kartoffeln und**  
**Magnum bonum.**  
J. Peters, Dornestr. 32a.

**Arbeiter-  
Turn-Verein**  
Lübeck.

**Damenturnen**  
jeden Mittwoch,  
abends von 8-10 Uhr,  
im Vereinslokale, Hundestraße 41.  
Anmeldungen werden daselbst höchst ent-  
gegengenommen.  
Der Turnwart.

**Leukefelds Restaurant**  
(Bayrische Burg)  
Fleischhauerstraße 34.  
Heute Mittwoch

**Gr. Pellkartoffel-Essen**  
Hierzu ladet ergebenst ein D. O.

**Mansa Theater**  
Nur bis 15. Oktober:  
**John Barley**  
als  
**Sherlok Holmes,**  
und das von Publikum und Presse  
glänzend beurteilte  
**Erstlingsprogramm.**  
Vorverkauf bei Seger bis 5 Uhr.

**Ausserordentliche**  
**Mitglieder - Versammlung**  
**der Hafendarbeiter**  
am Mittwoch, den 14. Oktober 1908  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50-52.  
Tages-Ordnung:  
Die letzten Vorkommnisse auf dem Dampfer „Gothia“ und die mißlichen  
Verhältnisse am Hafen.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht

**Der Vorstand.**  
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.  
NB. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung findet jetzt jeden **ersten Dienstag** nach  
dem 15. jeden Monats statt. D. O.

**Achtung! Fensterputzer!**

**Versammlung**  
am Mittwoch, den 14. Okt. 1908,  
abends 8 1/2 Uhr,  
im Lokale des Herrn Pagels, „Zur Ostsee“,  
bei St. Johannis.

Jeder Kollege, ob organisiert oder unorganisiert, muß in dieser Versammlung in  
seinem eigenen Interesse erscheinen.

**Der Einberufer.**

Schmiedestr. **Tonhalle** Schmiedestr. 20.

Der Bankwächter. Voller Humor. Wanderndes Dreirad. Der  
Heiratsantrag im Schalkjahr. Tausendkünstler im Rausche. Ein  
kräftiger Tenorist. Der kleine Zauberer.

**Die Biene und die Rose**  
(kolibriert).  
Um die Ehre der Uniform (Drama). Zum Vergnügen eines großen  
Herrn. Ein guter Kitt. Wassersport und Sportfest in Frankreich.  
In Veranlassung der Wirren in den Balkanstaaten und der Türkei haben wir das  
Bild: **Durch die Türkei** für diese Woche angeschafft, um dem Publikum das  
Leben und Treiben in der Türkei bildlich vorzuführen.  
**Die Direktion.**

**Luckmanns Restaurant**  
Zur ewigen  
Heute Dienstag:  
**KONZERT**  
ausgeführt von der Oldenburgschen Kapelle.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt frei.  
Spezialität: Grieben und Erbsejuppe.

**Abreisenden**  
aufbewahrt und nachgesandt werden Gegen-  
stände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im  
Lagerhaus u. Expeditionsgesch. Fischergr. 52.

**Sparklub „So bi lütten“**  
**Generalversammlung**  
Mittwoch, den 14. Oktober  
Huxstraße 94.



**Zentralverband d. Schuhmacher**  
(Zahlstelle Lübeck).

**Mitglieder-  
Versammlung**  
heute Dienstag, den 13. Okt.,  
abends 9 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.  
Tages-Ordnung:  
**Die Verschmelzungsfrage.**  
Referent: Kollege Gauleiter Kummerow-  
Gamburg.  
Alle in der Lederindustrie beschäftigten Ar-  
beiter sind hiermit eingeladen.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Verein der Musikfreunde.**  
Mittwoch, den 14. Oktober,  
abends 8 Uhr,  
in der „Stadthalle“:  
**3. Volkstüml. Konzert.**  
(Orchester 52 Musiker.)  
Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth.  
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.  
Eintrittspreis 50 Pfg. Im Vorverkauf 10  
Eintrittskarten 3 Mk. Einzelkarten 40 Pfg.  
bei den bekannten Verkaufsstellen zu haben.  
Numerierter Platz 70 Pfg. Im Vorverkauf  
10 nummerierte Eintrittskarten 5 Mk. Nume-  
rierte Einzelkarten 60 Pfg. nur bei F. W.  
Kaibel, Breitstraße 40.

**Panorama**  
Breitestraße 53. I., im Fißel.  
Vom 11. bis 17. Oktober:  
Wanderung durch d. malerische  
**Salzkammergut.**

**Stadthallen-Theater.**  
Freitag, den 16. Oktober 1908.  
Zum 1. Male.  
Novität! **Die gelbe Gefahr.** Novität!  
Schwank von Curt Kraak.  
Durchschlagender Lacherfolg aller  
größeren Bühnen.  
Der Vorverkauf der Billets findet in  
den Zigarrenhandlungen von Friedrich  
Nagel, Markt 14, und Carl Rod, Mühlen-  
straße 19, statt. — Dankskarten sind  
gleichfalls dort zu haben.

Neues **Stadt-Theater** Kassen-Telephon  
Nr. 298.  
Mittwoch 8 Uhr: Voll-Abonnement 12.  
Mittwoch-Abonnement 2.  
Zum 1. Male. Novität!  
**Wolkenkratzer.**  
Amerikan. Komödie von Köpfer u. Keller.  
Donnerstag 7 1/2 Uhr: Voll-Abonnem. 15.  
Donnerstag-Abonnement 2.  
**Der Evangelimann.**  
Oper von Wilhelm Kienzl.



## Der neueste Vorschlag zur Lösung der Arztfrage in den Krankenkassen.

In den letzten Tagen hat die bürgerliche Presse sich mehr als je zuvor mit der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung beschäftigt. Und zwar deshalb, weil die Geheimräte im Reichsamt des Innern endlich dem Regierungsentwurf zu dieser Reform die endgültige Fassung gegeben haben, und daher jetzt die Blätter, die im Dienste der Regierungen stehen, die Öffentlichkeit auf das vorbereiten müssen, womit die Regierungen in der nächsten Zeit an den Reichstag herantreten werden. Diesen Veröffentlichungen müssen auch wir mit Aufmerksamkeit folgen, um beizeiten die Arbeiter zum Kampfe gegen die arbeiterfeindlichen Vorschläge unserer Gegner aufzurufen.

Aus diesem Grunde müssen wir uns an dieser Stelle mit einem Artikel befassen, den Herr Professor Stier-Somlo in der neuesten Nummer der „Deutschen Juristen-Zeitung“ über die Ziele der Arbeiterversicherungsreform veröffentlicht hat. In dem Artikel wiederholt Herr Professor Stier-Somlo die schon früher bekannt gewordene Mitteilung, daß „die an sich dringende Arztfrage“ in der nächsten Reform eine Erledigung nicht finden werde. Hierauf fährt er wörtlich fort:

Die Agitation der im Leipziger Verband organisierten Ärzte auf Einführung der freien Arztwahl in ganz Deutschland wird auf lange Zeit fruchtlos bleiben. Die örtlichen Verhältnisse liegen so verschieden, daß weder das reine System der Kassenärzte noch das der freien Arztwahl ein unbedingt sicheres Mittel zum Gedeihen der Versicherungs-institutionen ist, daß vielmehr bald das eine, bald das andere angemessen erscheint und auch die sogenannte beschränkt freie Arztwahl besonderer Berücksichtigung würdig ist. Die zu einer staatlichen und gesellschaftlichen Skandalmitt gewordenen Ärzteschleife freilich müssen verschwinden. Ich schlage vor, daß alle zwischen den Kassen und den Ärzten zu tätigen Verträge nur unter Mitwirkung der höheren Verwaltungsbehörde stattfinden sollen. Der Landrat bezw. der Regierungspräsident wird dann zur Aufgabe haben, sowohl eine Schädigung der Kassen durch relativ übermäßige Honorarforderungen der Ärzte zu verhüten, als auch eine auf Klassengegensatz, Herrschsucht, politischen Klüngel beruhende unwürdige Behandlung der Ärzte durch die Kassenvorstände zu verhindern.

Herr Professor Stier-Somlo kennt die Anschauungen, die gegenwärtig im Reichsamt des Innern maßgebend sind, ganz genau. Er weiß, daß es jetzt Regierungsgrund-satz ist, alle Schwierigkeiten in der Durchführung der Arbeiterversicherung durch Bevormundung der Arbeiter zu beseitigen. Daher konnte er seinen Vorschlag machen in der Gewißheit, daß er damit im Sinne der angekündigten Regierungsvorlage handle.

Würden wir uns, wie uns die Ärzteschleife so oft unterworfen haben, von unserer angeblichen „Feindschaft gegen die Ärzte“ leiten lassen, so müßten auch wir dem Vorschlage des Herrn Professor Stier-Somlo zustimmen. Nach dem Vorschlage wären die Ärzte der „hohen Behörde“ ausgeliefert. Die große Mehrheit der Ärzte würde, wie die Erfahrung noch stets gezeigt hat, materiell sehr schlecht abschneiden. Nur einige, gegenüber dem „Herrn Landrat“ besonders unterwürfige, Streber würden es zu etwas bringen.

Für uns handelt es sich jedoch in Wahrheit auch hier einzig und allein darum, die Interessen der Arbeiter am besten zu wahren. Dazu bedarf es aber in erster Linie des freien Bestimmungsrechtes der Arbeiter selbst. Jeden Mißstand in der ärztlichen Behandlung empfinden die Ar-

beiter selbst am ersten. Deshalb können sie selbst auch am besten die nötigen Verbesserungen anregen und zur Durchführung bringen. Demnach haben in der Tat gerade die Kassen, die die Arbeiter selbst verwalten, es an den nötigen Vorschlägen nicht fehlen lassen.

Sie konnten aber damit nur zu oft deshalb nicht durchbringen, weil die Einmischung der Behörden sie wehrlos gegenüber den Ärzteschleifen machte. Dadurch erst ist die Stellung der Krankenkassen zu den Ärzten so schwierig geworden. Und dadurch wurde bei einem Teile der Ärzte die Meinung groß gezogen, die Ärzteschleife könnten sich gegen die Krankenkassen jeden Übergriff, jede Vergewaltigung erlauben. So ist es begreiflich, daß die Ärzte in ihren Ansprüchen an die Krankenkassen immer weiter gegangen sind.

Ohne die Einmischung der Behörden dagegen sind die Kassenverwaltungen in der Lage, sich mit den Ärzten so auseinanderzusetzen, wie es die Verhältnisse der Kassen erfordern. Eine Ausnutzung der Kassen als Versorgungsanstalt für die Ärzte ist dann unmöglich, weil in diesen Fragen die große Mehrheit der Kassenmitglieder hinter dem Kassenvorstand steht und alle Zwangsmittel der Ärzte unschädlich machen kann. Auf der andern Seite können die Ärzte durch ihre Organisationen etwaige ungehörige Zumutungen, ungenügende Bezahlung, unpassende Vorschriften einzelner Kassenvorstände zurückweisen, da sie bei solchen Differenzen bald Zustimmung und Unterstützung durch die Kassenmitglieder finden.

In der Arztfrage ist daher die Einmischung der Behörden am wenigsten angebracht. Der „Herr Landrat“ ist ganz und gar nicht zum Vormund der Arbeiter in dieser Frage berufen.

Freilich soll die bevorstehende Reform das Verhältnis der Behörden zu den Krankenkassen von Grund auf ändern. Sie soll die Hälfte der Beiträge für die Krankenversicherung den Unternehmern auferlegen und diesen zusammen mit dem „unparteiischen“ Vorsitzenden das entscheidende Wort in allen Kassenfragen geben. Nach der Reform würde die herrschende Klasse ein Interesse daran haben, daß die Krankenkassen möglichst „billig“ wirtschaften, damit die Belastung der Unternehmer vermindert wird. Aus diesem Grunde würden die Behörden danach streben, auch die Ärzteschleife zu verringern.

Das glauben auch wir. Mit einer schlechten Bezahlung der Ärzte aber wäre den Arbeitern auch unter diesem System nicht gedient. Dieses System würde die Ärzte geradezu antreiben, durch rücksichtslose Behandlung der kranken Arbeiter an den andern Kosten der Krankenkassen, am Krankengeld, am Aufwand für Heilmittel, für Spezialbehandlung u. a. m. weit über die Grenze des Zulässigen hinaus zu sparen, um sich das Wohlwollen ihrer Vorgesetzten zu erwerben und für sich eine etwas bessere Bezahlung herauszuschlagen.

Nein, die Ärzte, die die Arbeiter für die Arbeiterversicherung brauchen, müssen angemessen bezahlt und zugleich unabhängig sein, damit sie ihren wichtigen Berufspflichten in vollem Maße nachkommen können. Die nötigen Ersparnisse dürfen die Arbeiter nur durch eine zweckmäßige Regelung des ärztlichen Dienstes, durch Vermeidung aller unnötigen Arbeit und Kosten erreichen.

In dieser Richtung kann noch viel geschehen, sobald die Krankenkassen die nötige Bewegungsfreiheit haben und mit den zünftlerischen Forderungen der Ärzte ein für allemal aufgeräumt ist. Dann können sie gemeinsam mit den Organisationen der Ärzte Hand in Hand arbeiten.

Daher heißt es auch hier: fort mit jeder Bevormundung der Arbeiter.

## Streiflichter auf die Krise.

Deutschland. Für die Kleiseisenindustrie haben sich die Verhältnisse immer noch nicht gebessert. Natürlich werden die mit der Kleiseisenindustrie zusammenhängenden Industrien, wie die Kartonnagen- und Eisenbranche, scharf in Mitleidenschaft gezogen. Die Zahl der Arbeitslosen wächst gewaltig, obwohl einige Fabriken auf Lager arbeiten, um die geschulten Arbeitskräfte zu halten. Trostlos ist ferner die Lage der Stahlwarenfabrikation im bergischen Land. Gänzlich danieder liegt das Geschäft bei den Furniturfabriken und bei der Feilenindustrie. Dabei ist ein Ende der Krisis nicht abzusehen. Die Warenpreise im Großhandel verfolgen deshalb nach wie vor eine fallende Tendenz. Nur die Preise der Lebensmittel behaupten sich.

Vereinigte Staaten. Die Ungebuld der auf eine Besserung harrenden Geschäftsleute wird auf eine harte Probe gestellt. Die Hoffnungen konzentrieren sich auf die Ernte. Im übrigen zeigen sich noch keine Lichtblicke. Was will es bedeuten, daß die Bankclearings (mit Ausnahme der Stadt New York) nur noch um 15 Proz. gegenüber dem Vorjahre zurückbleiben, daß etwas mehr Frachtwagen in Anspruch genommen werden.

Das Vertrauen in die nächste Zukunft ist gering, die Fabrikanten benötigen keine Arbeiter und diese meiden den Boden der Unien.

Indien. Die großen Lager in Kalkutta, Bombay und Delhi drücken nach wie vor auf den Markt; die Banken beobachten bei der Kreditgewährung größte Zurückhaltung und ebenso die indischen Kaufleute gegenüber den europäischen Firmen, weil sie angesichts der niedrigen Marktpreise glauben, daß noch weitere Rückgänge zu erwarten seien.

China. Der diesjährige Tsun in Hongkong (27. Juli) hat große Verluste herbeigeführt und geschäftlich starke Störungen verursacht, nachdem die Überschwemmungen im Juni bereits überaus empfindlichen Schaden angerichtet hatten. Bis normale Zustände eintreten werden, dürfte noch geraume Zeit vergehen. Auch in Shanghai ist absolute Stille.

Japan. Die Geldkrise verhindert die Entleerung der Docks, deren bedeutende Warenmengen jede weitere Einfuhr verstopfen. Vor Ablauf von einigen Monaten ist keine Besserung zu gewärtigen.

Südafrika. Gebrauchsartikel wie Emailgeschirr, Porzellan, Möbel, Salz und Mehl, die sonst in ziemlich großen Quantitäten abgingen, finden jetzt nur bescheidenen Absatz. Für Baumaterialien ist fast gar keine Verwendung; nur in Dielen werden noch Geschäfte gemacht.

Australien. Während in früheren Jahren Düngemittel für die kommende Saison sehr begehrt waren, sind in diesem Jahre nur ganz minimale Abichtsliffe gemacht worden. Auch in allen anderen Artikeln (Hohlglas, Emailwaren, Porzellan, Pianos, Stühle, Salz) ist das Geschäft nur mäßig. Flaute ist die allgemeine Signatur in der alten wie in der neuen Welt.

## Soziales und Parteileben.

Der Verband der freien Gast- und Schankwirts Deutschlands macht in einem Aufruf an die Kollegen darauf aufmerksam, daß es sich bei den Plänen des neuen Schanksekretärs um eine ganz gewaltige Schröpfung auch des Gastwirts-gewerbes handle. Es verkündet, daß die Biersteuer allein 100 Millionen Mark erbringen soll. Wir wissen, daß die Biersteuer nicht von dem Konsum, auch nicht von den Brauereien getragen wurde, sondern daß sie

„Na komm, mein Kind,“ hat diese selber mit zitternder, ängstlicher Stimme, „aber so übereile doch auch die Sache nicht so, Lischke, Du quälst und ängstigst ja das arme Mädchen.“

„Ach papperlapapp,“ brummte aber der Alte, „was helfen denn die Zierereien? — Na,“ setzte er erkaunt hinzu zu, als Susanna plötzlich, nachdem sie die Mutter noch einmal geküßt, das Zimmer rasch verließ und die Tür hinter sich ins Schloß warf; „da, das fehlt mir auch noch!“ und mit den Worten wollte er ihr nach. Hier aber trat ihm Christian in den Weg und sagte freundlich:

„Bitte, Vater, lassen Sie ihr einen Augenblick Zeit, sich zu sammeln. Sie haben das arme Mädchen ohnedies erschreckt; es kam alles so rasch und hastig. Nach einer Weile wird die Mutter zu ihr gehen, und Susanna dann gefaßt und ruhig sein.“

„Aber ich kann solche Anstalterei nicht leiden,“ sagte der Alte ärgerlich. „Sie ist eines Bauern Tochter, und sie tut gerade, als ob sie von Marzipan wäre.“

„Sie dürfen ihr Kind nicht übereilen,“ sagte auch der Pastor Meier freundlich zu dem alten Mann; „lassen Sie ihr nur Zeit; ein so wichtiger Schritt darf nicht mit ungestümmen Hast betrieben werden.“

„Nun meinestwegen,“ brummte der Alte; ich sehe aber nicht recht ein, weshalb —“

„Was ist das?“ rief Christian plötzlich, der indessen mit sich gekämpft hatte, ob er Susannen folgen sollte oder nicht, „Lärmen und Geschrei?“

Die im Zimmer horchten den lauten Tönen und Aus-rufungen, die von draußen zu ihnen hereinhallten und ganz in der Nähe zu sein schienen. Gellende Stimmen, wie von Wilden, wurden dazwischen laut, und während der Wächter mit tollem Gebell draußen an seiner Kette rief schnitt ein scharfer Pfiff, fast dicht unter dem Fenster, durch den Lärm.

„Ja, da müssen wir doch einmal nachsehen, was da vorgeht,“ sagte der alte Lischke, indem er an die Wand ging und seine dort hängende Doppelpfote vom Nagel nahm. Er schob manchmal nach den weißen Kalabus, die ihm in Feld und Garten kamen, und sie blieb immer geladen. „Da, Christian, nimm Du dort den Säbel, der gleich hinter der Tür am Bett steht, man kann ja doch nicht

## Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstaecker.

(78. Fortsetzung.)

„Es war nichts,“ sagte auch Lischke, „geht uns auch eigentlich nichts an, was sie draußen treiben, denn wir haben hier drinnen mit uns selber genug zu tun. Sie, mein guter Herr Pastor und Ihre liebe Frau, habe ich nämlich heut abend zu mir eingeladen, Zeuge eines kleinen Familienfestes zu sein, das wir mitsammen feiern wollen.“

Die Mutter hatte, während der Vater sprach, ihren Blick ängstlich auf die Tochter geheftet, und ihrem sorgenden Auge entging es keineswegs, welche Veränderung plötzlich in den Zügen des Kindes vorgegangen war. Sie winkte auch verhalten dem Alten, noch eine Weile mit der Eröffnung einzuhalten, daß er sich von seinem Starkkopf nun einmal nicht abbringen ließ, wußte sie ja außerdem. Aber Lischke, wenn er die Bewegung ja bemerkte, achtete nicht im mindesten darauf, warf nur einen Blick umher, um sich zu überzeugen, daß beide, Christian wie Susanna, im Zimmer wären, und fuhr dann freundlich aber entschlossen fort:

„Hier der junge Bursche, Christian Helling, den Sie alle kennen, der mit uns über See gekommen und sich die ganzen Jahre nicht allein als ein wackerer, fleißiger Mann gezeigt, sondern sich auch eben durch seinen Fleiß und seine Sparsamkeit so viel erübrigt hat, um mit gutem Mut einen Hausstand beginnen zu können, hat bei mir und der Mutter um Susannens Hand angehalten, und wir sind beide gesonnen, sie ihm zu geben.“

„Daß ich mein Leben daran setzen werde, sie glücklich zu machen, Vater,“ rief jetzt Christian, indem er aufstand und des Alten Hand ergriff, „darauf können Sie sich verlassen; wenn Susanna mir ihr Schicksal anvertrauen will, soll sie, wie ich zu Gott hoffe, den wichtigsten Schritt ihres Lebens nie bereuen.“

„Das bin ich überzeugt, mein Junge, das bin ich überzeugt,“ sagte der Alte gerührt. „Dein Herz ist so gut und gesund und kräftig wie dein Körper und Du wirst sie nie Not leiden lassen, so lange es auf Dich ankommt. Dafür, denk ich, helfen wir aber auch ein bißchen mitsorgen, und der alte Lischke hat nicht umsonst hier die langen Jahre in Australien geschafft und gewirtschaftet, um nicht auch etwas mehr hinter sich zu bringen, als er eben brauchte. Daß

Sie einen ordentlichen Anfang zum Leben bekommt, dafür dürft Ihr schon den Alten sorgen lassen, nur für das übrige müßt Ihr weiter sehen.“

„Christian ist ein guter Mensch,“ sagte jetzt auch die Mutter mit einem verzweifelten Entschluß, um der Tochter noch einmal zu Hilfe zu kommen, „er würde gewiß sein möglichstes tun, unser Kind glücklich zu machen, aber —“

„Er wird sich auch in Respekt zu setzen wissen,“ fiel ihr hier der Alte mit einem bezeichnenden Blick in die Rede, „denn die Frau soll dem Manne treu sein und ihm gehorchen, so lehrt uns selber die heilige Schrift.“

„Lieber Herr Lischke,“ nahm hier Pastor Meier das Wort, „ich gestehe Ihnen, daß ich mich über ihre Wahl aufrichtig freue. Herr Helling ist uns allen hier als ein wackerer, redlicher Mann bekannt und allgemein geachtet. Susanna selber ist ein liebes, braves Mädchen, und Gott wird ein solches Band gewißlich segnen. Ich kann dem jungen, für einander bestimmten Paar nur alles Gute und Heil und Segen wünschen.“

„Und ich ebenfalls, und recht aus vollem Herzen,“ sagte die Frau Pastorin, indem sie auf Susannen zuging und sie recht herzlich küßte.

„A—h!“ tönte in diesem Augenblick klar und deutlich der indianische Ruf herüber, und klang genau so, als ob er aus dem gegenüberliegenden Weidegrunde käme.

Susanna schrak heftig zusammen und ihre Glieder zitterten.

„Vater!“ sagte sie, während sie sich von der alten Dame frei machte und auf diesen trat.

„Du bist ein gutes Kind, sagte dieser, der nur einen Augenblick nach dem Ton hinausgehört hatte, ihn aber in diesem Augenblicke nicht weiter beachtete. Er nickte dabei der Tochter freundlich, aber auch mit einem ganz entschlossenen Blick, der keinen Widerspruch gestattete, zu, und sagte dann, sich nach dem zukünftigen Schwieger-sohne umsehend, „komm her mein Junge, gib mir Deine Hand, und Du, Susanna — aber was hat denn das Mädchen?“

„Mutter!“ rief dieses, fiel der alten Frau um den Hals und küßte sie. — „Mutter!“



lediglich die Gastwirte belastet hat. Auf eine energische Abwehrbewegung der Gastwirte, wie auch der bürgerlichen Wirtvereine ist nicht zu rechnen; glauben doch die Herren Bierfabrikanten, ebenso die bürgerlichen Kollegen, diesmal den neuen Aufschlag dem Massenkonsum aufhalten zu können! Die neue Steuer wird sicher eine gewaltigen Konsumrückgang im Gefolge haben. Dazu werden die Gastwirte durch die geplante Steuer auf Gas und Elektrizität und ebenso durch die Tabakbanderole mitbelastet; der Verdienst an den Zigaretten wird vermindert. Die Ausgabe für Beleuchtung der Lokale erhöht. Angesichts all dieser Dinge fordert der Verband die Kollegen zum Zusammenschluss im Verband und zu einer allgemeinen Protest gegen die neuen Belastungen auf. Es ergibt sich für die Leiter der Organisation in den einzelnen Abteilungen die Pflicht, machtvoll zum Protest aufzurufen, unter Einziehung geeigneter Kräfte überall Protestversammlungen einzuberufen, um so den Kollegen die Situation klarzumachen, ihnen zu zeigen, daß die Gefahr ganze Männer erfordert, die gewillt sind, im Kampfe gegen Ungerechtigkeit und Bedrückung zusammenzutreten. Nur im Zusammenschluss in einer Kampforganisation auf zentralem Boden, in der vermehrten Agitation für den Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands kann dem Gastwirtsgerade einmal Rettung kommen. Kollegen! nütze die Zeit. Beweist durch die Tat, daß die Arbeiten des Kölner Verbandes nicht nutzlos gewesen sind, werbet unermüdet neue Kämpfer.

**Warenpreise im September 1908.** Die Zusammenstellungen der „Stat. Korrespondenz“ nach den Notierungen an 23 Markorten ergeben, daß sich die Preise im September etwas über das Niveau des Vormonats erhoben haben. Im Vergleich mit dem Parallelmonat des Vorjahres sind teils Steigerungen, teils Abschwächungen zu verzeichnen. Folgende Tabelle weist das aus. Es kostet 1 Kilogramm in Pfennigen:

	September 1907	August 1908	September 1908
Rindfleisch von der Keule	163	157	158
Rindfleisch vom Bauch	189	184	184
Schweinefleisch	150	152	155
Kalbsteif	165	160	162
Lammfleisch	165	162	161
Gerdächterer Speck	175	166	167
Erdbeeren	253	253	256
Schweinefleisch	167	164	164
Weizen	35	36	35
Roggen	32	32	31
1 Schaf Eier	429	410	432

Die Feuerung tritt aber erst recht in Erscheinung bei einem Vergleich mit den Durchschnittspreisen des Hochkonjunkturjahres 1900. Für ein Kilogramm stellen sich die Preise wie folgt:

	Durchschnitt 1900	Sept. 1908	im Sept. 1908 gegen Durchschn. 1900
Rindfleisch von der Keule	136	158	16,1
Rindfleisch vom Bauch	116	184	15,5
Schweinefleisch	132	155	16,6
Kalbsteif	133	161	21,8
Lammfleisch	130	162	23,8
Gerdächterer Speck	152	167	11,2
Erdbeeren	228	256	12,2
Schweinefleisch	156	164	5,1
Weizen	30	35	16,6
Roggen	26	31	19,2

Bei Verschlechterung der Arbeitsbedingungen enorme Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel und dazu Aussicht auf Steigerung der Steuerlasten, das sind die Folgen neudeutscher Wirtschaftspolitik.

**Die soziale Fürsorge für die Arbeiter in richtiger Beleuchtung.** Bei der Firma Mühlentberg in Danzig ereignete sich in den ersten Tagen des Februar d. J. ein Arbeiter Unglück mit Namen. Der arme Mann kam zwischen zwei Lokomotiven und erlitt hierbei eine Luetigung des Beckens. Lange mußte er „doktern“. Er wurde zunächst zu Hause behandelt, dann kam er nach der Unfall für Unfall (Diatonikhaus). Aus der Unfall halb geheilt entlassen wurde er weiter als erwerbsunfähig behandelt, mußte jedoch bald darauf zum zweitenmal nach dem Krankenhaus geschafft werden. Am 2. d. M. wurde er wieder entlassen, natürlich ohne vollständig hergestellt zu sein. Als er am 3. d. M. zum Arzt kam, wurde ihm eröffnet, daß er nicht weiter behandelt werden könne. Als Gloja etwas ungläubig ob solcher Vorsehung dreinschaute,

legte ihm sein Arzt Herr Dr. Gohnfeldt folgenden Brief vor:  
**Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft Sektion I.**  
U.-Nr. 1087/08. Danzig, den 1./10. 08.  
Helftegeißelgasse Nr. 6.  
Herrn Dr. Gohnfeldt  
Vorsitzender.

Hierdurch bitten wir Sie ergebenst, den Arbeiter August Gloja gefl. nicht mehr weiter behandeln zu wollen, da derselbe überlebt und Schmerzen äußert, die gar nicht vorhanden sind. Es besteht bei ihm, wie das Diatonikhaus festgestellt hat, nur noch eine Einbuße an Erwerbsfähigkeit von 25 Proz.  
Es ist auch — es hat eine Röntgendurchleuchtung festgestellt — weitere Behandlung nicht erforderlich.  
(Stempel) Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft Der Vorstand der Sektion I.  
(Unterschrift) Apriet.

Tatsächlich ist der Arbeiter Gloja durch den Unfall ein Krüppel geworden. Er kann ohne Stock sich auf der Straße nicht weiter bewegen, und daß er noch erwerbsunfähig ist, muß auch die Genossenschaft anerkennen. Trotzdem befehlt die Berufsgenossenschaft dem Arzt, den im Verleite Verunglückten nicht weiter zu behandeln! Eine Befähigung, zum mindesten eine Reform des so gemeingefährlich wirkenden Systems der Berufsgenossenschaft tut dringend not.

**Die gewerkschaftliche Organisation in der Schweiz.** Der Gewerkschaftsbund hat mit Hilfe des schweizerischen Arbeitersekretariats eine vollständige Statistik über die Organisationen aufgestellt, in denen nur die christlichen Gewerkschaften, die keine genügenden Angaben publizierten, nicht mitgerechnet sind. U. a. hat er auf Grund der Zahlen der Betriebszählung von 1905 und der Daten der Organisationen selber vom 31. Dezember 1907 eine Berechnung darüber angestellt, wie sich das Verhältnis der Organisationsfähigen in den einzelnen Gewerksgruppen zu den tatsächlich Organisierten verhält. Es kamen demnach auf je 1000 organisationsfähige Arbeiter wirklich Organisierte:

Metallarbeiter	236
Uhr- und Schmuckarbeiter	306
Holzarbeiter	350
Händlerleute	163
Steinarbeiter	240
Maurer und Handlanger	88
Maler und Gipser	432
Textilarbeiter	58
Schneider	90
Hutmacher	284
Lederarbeiter	76
Coiffeure	109
Lebensmittelarbeiter	88
Graphische Arbeiter	319
Post- und Zollpersonal	573
Straßenbahner	538
Transportarbeiter	133
Staats- und Gemeindearbeiter	351

Am besten organisiert sind demnach die Post- und Zollangestellten, sodann die Straßenbahner, die Maler und Gipser und die Staats- und Gemeindearbeiter, am schlechtesten die Schneider, die Lederarbeiter und die Textilarbeiter. Insgesamt sind von den 607 412 gewerkschaftlich tätigen und in den Angaben aufgenommenen Arbeitern der Schweiz nur 121 754 organisiert, also rund ein Fünftel. Unter den ausgeführten Arbeitern befinden sich 403 855 Männer und 209 359 Frauen; von ersteren sind 115 507, von letzteren 6184 organisiert. Ungenau und ungenügende Daten ergaben die Nachfragen bei Telephon- und Telegraphenarbeitern, bei Holzern und Maschinenisten. Ferner fehlen in der Tabelle noch die Handelsarbeiter, das Wirtschaft- und Hotelpersonal und einige Gruppen der Berufsarbeiter. Fast man alle diese von der Gewerkschaftsbewegung bis jetzt noch nicht ergriffenen Elemente in die Zahl der Organisationsfähigen mit hinein, so erhält man 690 291 Organisationsfähigen gegen 121 754 Organisierte — immer die christlichen Gewerkschaften ausgeschlossen — also noch weniger als ein Fünftel; nur 180 auf 1000.

**Genosse Gerisch,** unser Parteikassierer, quittiert im „Vorwärts“ über verschiedene Sammlungen, die nimmehr geschlossen sind. Für den preussischen Landtagswahlfonds gingen ein: 26 197,62 Mk., für die russischen Dumawahlen 21 936,01 Mk. und für die Opfer des russischen Befreiungskampfes 341 516,06 Mk.

**Der Verzicht des Genossen Hoffmann.** Zu der Meldung des „Vorwärts“, daß der bayerische Ministerpräsident v. Bodeck bestimmt und ungewidertig habe erklären lassen, der sozialdemokratische Lehrer Hoffmann würde im Falle der Annahme der Kandidatur für den Landtag sofort seines Amtes entsetzt werden, bemerkt unser Mannheimer Parteiblatt: Diese Meldung des „Vorwärts“, die uns auf Anfrage hin im wesentlichen bestätigt wurde, wird nicht verfehlen, überall in der Partei Überraschung hervorzurufen. Wir gehen für heute auf die Sache nicht ein, da sich nach der Wahl Gelegenheit bieten wird, die Angelegenheit nach allen Seiten hin einer gründlichen Erörterung zu unterziehen, einer Erörterung, die allerdings dringend notwendig sein wird.

**Ein Freispruch.** Genosse Schlegel von der „Frischen Tagespost“ zu Nürnberg stand am Sonntagabend vor dem Schwurgericht wegen Verleitung des Kaplans Koch. Er sollte den Kaplan dadurch beleidigt haben, daß er ihm vorwarf, er dränge sich in die Arbeiterfamilie ein, hege die Kinder gegen die Eltern auf und schwache dummes Zeug über die Sozialdemokratie. Der Wahrheitsbeweis wurde vollständig erbracht. Schlegel wurde freigesprochen.

**Gleichberechtigung in Pessen?** In Wilbel bei Frankfurt a. M. wurde Genosse Armbrust zum Weigeordnete (des Bürgermeisters) gewählt. Von 960 Wahlberechtigten stimmten 717 ab. Genosse Armbrust erhielt 360, zwei bürgerliche Kandidaten zusammen 353 Stimmen. Ob die bürgerliche Regierung die Wahl des Genossen Armbrust bestätigen wird, ist freilich noch fraglich!

fort seines Amtes entsetzt werden, bemerkt unser Mannheimer Parteiblatt: Diese Meldung des „Vorwärts“, die uns auf Anfrage hin im wesentlichen bestätigt wurde, wird nicht verfehlen, überall in der Partei Überraschung hervorzurufen. Wir gehen für heute auf die Sache nicht ein, da sich nach der Wahl Gelegenheit bieten wird, die Angelegenheit nach allen Seiten hin einer gründlichen Erörterung zu unterziehen, einer Erörterung, die allerdings dringend notwendig sein wird.

**Ein Freispruch.** Genosse Schlegel von der „Frischen Tagespost“ zu Nürnberg stand am Sonntagabend vor dem Schwurgericht wegen Verleitung des Kaplans Koch. Er sollte den Kaplan dadurch beleidigt haben, daß er ihm vorwarf, er dränge sich in die Arbeiterfamilie ein, hege die Kinder gegen die Eltern auf und schwache dummes Zeug über die Sozialdemokratie. Der Wahrheitsbeweis wurde vollständig erbracht. Schlegel wurde freigesprochen.

**Gleichberechtigung in Pessen?** In Wilbel bei Frankfurt a. M. wurde Genosse Armbrust zum Weigeordnete (des Bürgermeisters) gewählt. Von 960 Wahlberechtigten stimmten 717 ab. Genosse Armbrust erhielt 360, zwei bürgerliche Kandidaten zusammen 353 Stimmen. Ob die bürgerliche Regierung die Wahl des Genossen Armbrust bestätigen wird, ist freilich noch fraglich!

### Aus dem Gerichtssaal.

**Folgen der saarabischen Korruptionswirtschaft.** Im Schwurgerichtssaal des Landgerichts Saarbrücken spielte sich, wie wir schon kurz meldeten, am 8. und 9. Oktober ein weiterer Akt ab in dem bekanteten traurigen Drama der Bestechung fiskalischer Grubenbeamten. Es hatten sich drei Vergleute wegen wissenschaftlichen Meinendes zu verantworten. Verhandelt wurde am ersten Tage gegen die „königlichen“ Vergleute Johann Schirra und Johann Batschneider, am zweiten Tage gegen Philipp Weib, sämtlich aus Merchweiler, denen zur Last gelegt wurde, am 19. Dezember 1907 auf der fiskalischen Grube Sötelborn bei der Untersuchung der Beamtendurchsicherungen vor dem Untersuchungsrichter wissenschaftlich die Unwahrheit besprochen zu haben. Die ersten beiden Angeklagten sind im vollsten Umfang geständig, so daß auch die Vernehmung der zahlreichen Zeugen, unter denen sich auch der Obersteiger Michaelis in der Zuchthauskleidung befand, verzichtet wurde. Schirra wie auch Batschneider gestehen ein, mehrere Jahre in ihrer Kameradschaft an jedem Lohntage Geld für ihren Steiger, Fahrsteiger und Obersteiger gesammelt zu haben! Nach Angaben Schirras wurden Beträge von 1 Mt., 2 Mt., auch 3 Mt. von jedem einzelnen Kameraden an jedem Lohntage abgeliefert, während Batschneider zugibt, daß ein einzelner Bergmann oft 5 Mt. und auch darüber gezahlt hatte. Während Schirra angibt, durch diese Bestechungen ein günstigeres Gedinge und höheren Lohn erzielt zu haben, behauptet Batschneider, er habe dadurch absolut keine Vergünstigung gehabt, sondern er habe schlechter verdient als andere, die nichts gaben, und dazu auch noch härter gearbeitet. Beide Angeklagten gaben unter Tränen an, aus Furcht und in Sorge um ihre zahlreiche Familie den Meineid geleistet zu haben; hätten sie die Wahrheit gesagt, so müßten sie befürchten, entweder abgelegt oder doch von den Beamten schikaniert zu werden, daß sie schließlich von selbst gegangen wären. Aber dies hätten sie sich ja der Zeitnahme an einer strafbaren Handlung beschuldigen müssen. Der Staatsanwalt Michaelis erörtert die Frage: Wie kommt es und wie ist es möglich, daß so viele Vergleute sich der furchtbaren Gefahr ausgesetzt und einen Meineid geschworen hätten? Es müßte doch eine schwere Waise über der Grube Sötelborn gelegen haben und gerade weil es sich hier um die höchsten Beamten gehandelt habe, denen das gesammelte Geld zugestrichen wurde, sei es wohl erklärlich, warum die Vergleute beschworen, nichts von Bestechereien zu wissen und sich so der Gefahr aussetzten, ins Zuchthaus zu wandern. In dem reumütigen Geständnis erblickt er den guten Charakter, die Religiosität, die patriotische Gesinnung und die Moralität „unserer“ braven Vergleute. Das offene Geständnis könne sie vor Strafe nicht schützen. Das wäre eine verfehlte Gefühlshumanität, denn Recht müsse Recht bleiben. Die Strafe, die sie verdient hätten, müsse gegen sie ausgesprochen werden. Das Strafgesetz könne bei Meineid keine mildernden Umstände, nur in einem Falle sei eine Milderung der Strafe möglich, wenn der Beschuldigte bei Begehen des Meineids, falls er die Wahrheit sagte, sich selbst einer strafbaren Handlung bezichtigt hätte und das traf in diesen Fällen zu. Er bat die Geschworenen, beide Fragen zu bejahen. Der Verteidiger wies auf das furchtbare System hin, das die Steiger

wissen, was da los ist, und die Schiene liegt dicht an der Straße.  
„Ach Vater, bleib Du lieber hier,“ bat jetzt die Frau, indem sie den Arm ihres Mannes ergriß; „wenn am Ende die Schwarzen“  
„Ach papperlapapp,“ brummte der Alte, indem er sich von ihr frei machte, „schnad Du und ein anderer. Wir haben hier Polizei! Gute genug herum, uns nicht zu fürchten. Aber wer weiß denn, was sie einem draußen an Feigen oder Garten antreiben, und nachzusehen gehört sich da. Komm, Christian.“

So, ohne sich weiter zurück- oder aufhalten zu lassen, schritt der alte Nichte mit seinem Gewehr im Arm, von Christian begleitet und von dem Pastor gefolgt, da sich dieser ebenfalls dem Zuge angeschlossen, hinaus vor die Tür, wo sie augenblicklich hörten, daß der Lärm ein kleines Stück den Weg hernieder tönte. Es mußten dort eine Anzahl Menschen versammelt sein. So, ohne sich lange zu besinnen, gingen sie rasch darauf zu.

**Die Entführung.**  
Wir haben den „roten John“ im Hause jenes Händlers verlassen, wo er durch Johnsburgs Hilfe und den Verrat seines früheren Kameraden mit einem Schlag ein hinreichendes Kapital zu heben gedachte, um sich auf die eine oder die andere Art dadurch fortzuhelfen. Nur Geld, Geld mußte er haben, wie, blieb sich gleich, und der Erfolg in diesem Falle war so gut wie sicher. Ehe nur Jack Bonden von jemanden gewarnt werden konnte, hatten ihn die Schwarzen umstellt und gefangen, oder totgeschossen.

John hatte übrigens die Verhältnisse des Landes, in dem er ungewollt schon die langen Jahre lebte, viel zu genau kennen gelernt, um sich nicht der Gefahren, denen er fortwährend dabei ausgesetzt blieb, vollkommen klar bewußt zu sein. In dem Hause durfte er nicht bleiben. Der Deutsche konnte ihn einmal „in seiner Dummheit“, wie er sich ausdrückte, verraten, und das wäre das schlimmste gewesen, was ihm hätte passieren können: dann konnte aber auch ebenlogat einer der schwarzen Polizisten zufällig auf seine Hunden nur zu gut bekannte Schritte kommen, und in dem Falle wären sie ebenfalls nicht langsam hinter ihm drein gewesen. Außerdem war ein Schenkhaus der schlaueste Zu-

fluchtsort für einen flüchtigen Buschhändler, noch dazu wenn es einem stets unter Aufsicht gehaltenen ticket of leave man gehörte, und wie nur John seinen aufgefundenen Kameraden dahin gebracht hatte, wohin er ihn haben wollte, zog er sich selber vorsichtig in den Busch zurück, um sein Nachquartier lieber in irgend einem Döck aufzusuchen.  
Mit dem Verrat des Kameraden spielte er allerdings, wie er recht gut wußte, ein gewagtes Spiel, denn er gab sich selber dabei teilweise in Millers Hände. Da er das aber wußte, traf er danach auch seine Vorbereitungen, und hatte vorsichtigerweise mit Miller ausgemacht, seinen Anteil dem Wirt des Kramerladers auszuleihen, wo er ihn dann schon „gelegentlich abholen würde“. Spielte der Busch ein falsches Spiel mit ihm, so ersüßte er das beizzeiten durch ein mit dem Wirt abgeredetes Signal, und verlor dann allerdings das Geld, brachte sich aber selber in nicht viel größere Gefahr, als er jetzt seinen Weg doch überall bedrohen sah.

Der Wirt selber durfte nicht wagen, ihn um das Geld zu betrügen, wenn er auch natürlich seine Progenie davon forderte, den Deutschen hatte er durch Drehungen eingeschüchtert, weiter konnte er in der Sache nichts tun. — Mißglücke es, so war es ja nur ein Versuch gewesen, und er selber auf nichts Schlammers angewiesen, als eben jetzt auch, auf Raub und Mord, auf Flucht und Verfolgung.

Von der schwarzen Polizei hatte er allerdings noch niemanden gesehen, trug aber auch nicht das geringste Verlangen danach; er lagerte deshalb, wie schon erwähnt, die Nacht im Busche, der schon dicht hinter dem Hause begann, und hielt sich dort auch am nächsten Morgen auf.

Nur zu bald sollte er übrigens erfahren, wie nötig diese Vorsicht gewesen, denn kaum hatte er sein Frühstück in dem kleinen Hinterhäuschen des Gebäudes, in das er sich am Morgen hineingeschlichen, verzehrt und sich dann wieder in sein Versteck in ein kleines Banfhabüschel zurückgezogen, als ein Detachement der schwarzen Polizei dort vorbeikam, am Hause hielt und es von oben bis unten durchsuchte. Fahrten waren freilich in dem überall zertretenen und hartgestampften Boden nicht zu erkennen, und die Buschbüsche mußten unerrätlicher Sache wieder abgeben. Obgleich sie das aber scheinbar taten, blieben doch ein paar, wie dem auf der Lauerliegenden nicht entging, in der Nähe zurück.

Außerdem erregte noch ein Weißer seinen Verdacht, der mehrmals über Tag den Laden besuchte, angeblich um etwas zu kaufen, sich aber immer länger dort aufhielt, als eigentlich nötig gewesen wäre. Der Mann ging allerdings ganz gewöhnlich in Zivil gekleidet; John hatte aber für dergleichen Leute ein viel zu gutes Auge, und auf den ersten Blick den verkappten Konstabler in ihm erkannt.

Hier war er also nicht mehr sicher; irgend etwas hatten die Burschen von ihm gespürt, ihr Verdacht war auf irgend eine Art geweckt worden, und John beschloß deshalb, diesen gefährdeten Platz zu verlassen und sich ein anderes Versteck aufzusuchen. Dabei ging er äußerst vorsichtig zu Werke, denn er wußte recht gut, daß der sich Bewegende von einem irgendwo Versteckten oder auf der Lauer Liegenden nur zu leicht gesehen werden kann. Auch Fahrten zu hinterlassen mußte er so viel als möglich vermeiden, und Zoll für Zoll fast zog er sich langsam und nach und nach weiter in den Busch zurück. Damit verging der Tag; wie aber die Sonne sank und im Walde drin die Schatten schon düsterer wurden, glaubte er auch etwas in seiner Vorsicht nachlassen zu können.

Das wäre ihm jedoch beinahe schlecht bekommen. Eine ganze Zeit lang hatte er an dem Rand einer kleinen Lichtung gelegen und wollte sich gerade aus dem Busch, der ihn noch verdeckte, emporheben, als er sich dort etwas bewegen sah, und wenige Sekunden später einen der schwarzen Schär erkannte, der vorsichtig aus dem gegenüberliegenden Busche herüberhorchte, eine Weile in der Stellung blieb, und dann sich wieder in das Dickicht zurückzog, aus dem er herausgekommen.

„Da haben wirs,“ brummte John leise vor sich hin, „als die Gefahr für den Augenblick vorüber war, noch einen Schritt weiter, und ich wäre der schwarzen Bestie gerade in den Rücken gelaufen; schöne Geschichte das! Und wo der Salunte jetzt herumtrübt, liegt gerade mein Gewehr versteckt. Finden wird es freilich nicht, aber ich kann auch nicht dazu, und siehe hier in einer ganz vermaledeiten Lage. So viel aber ist gewiß, der Busch ist hier richtig umstellt, was die Salunken für Pläne haben! — und wenn ich mich weiter hinauswage, laufe ich einem der Lumpen jedenfalls in die Fänge. — Wenn ich nur wenigstens mein Gewehr hätte!“  
(Fortsetzung folgt.)







24 J. K., geb. Heymannohn, Wittwe des Privatmannes S. H. Brenzlau, 81 J. A. G. G. geb. Wulf, Ehefrau des Arbeiters F. J. H. Juch, 57 J. Ein Knabe, 7 Stunden, B.: Betriebs-Ingenieur E. F. R. Deile.

### Quittung.

Im Monat September gingen folgende Parteibeträge ein:

Nischaffenburg, Beitrag des Wahlkreises 62,44. Groß-Berlin à conto seiner acht Wahlkreise 15 000.— Berlin diverse Beiträge: 671,05. Baden-Waben, Wahlkreisbeitrag 40,16. Bauen, 3. sächsischer Wahlkreis 340.— Bugtebude, von dem Alten durch Weber 2.— Bern 50.— Beethy, Lungenheilstätte, Bav. R. I und B. II 33,93. Chemnitz, Brutus 1.— Dresden-Land, 6. sächs. Wahlkreis 2000.— Dresden „aus Unverstand und Bosheit“ 1,50. Falkenberg (Obereschlefen) 3.— Friedenau, Sechseckel v. C. Otto Nachf. 5.— Görtlicher Agitationsbezirk: Wahlkreise: Grünberg 20,80; Sagan 40.—; Glogau 16.—; Bunzlau 171,60; Löwenberg 36.—; Görtlich 157,80; Rothenburg 75.—; Summa 517,20. Heidelberg, Restbetrag für den 12.—14. badischen Wahlkreis für 1. Halbjahr 1908 65,91. Hannover à conto der Beiträge des 8. hannov. Wahlkr. 1000.—. Hamburg, 1. Wahlkreis 5000.—. Hamburg, 2. Wahlkreis 5000.—. Hamburg, 3. Wahlkreis 12 000.—. Hamburg, Überschw. v. Baustelle Molbauhafens durch Edelbützel 50.—. Halberstadt-Döberleben-Wernigerode, Wahlkreisbeitrag 200.—. Hamburg, eingegangen in der Expedition des „Hamburger Echo“ 319,60. Köln a. Rh., Reg. W. 20.—. Königsberg i. Pr., sozialdemokr. Verein vom 1. 9. 1907 bis 30. 6. 08 673,60. Königsberg-Land-Fischhausen, sozialdemokratischer Verein 45,50. Leipzig-Land, sozialdemokratischer Verein für den 13. sächsischen Wahlkreis, 1. Rate 6000.—. Limbach in Sachsen, sozialdemokratischer Verein für den 15. sächs. Wahlkreis, 3. Quart. 08 450.—. Magdeburg, sozialdemokr. Verein, 3. Quartal 08 800.—. Nürnberg, Wahlkreise des Gaues Nordbayern: Regensburg 29,64; Amberg 8,67; Neumarkt 2,13; Neumburg 2,55; Neustadt a. W. 14,04; Hof 121,68; Vayreuth 122,46; Forchheim-Kulmbach 27,69; Kronach-Lichtenfels 53,25; Bamberg 32,67; Nürnberg 1116,57; Erlangen-Fürth 431,73; Ansbach-Schwabach 108,96; Eichstätt 12,99; Dinkelsbühl 17,52; Rothenburg 8,52; Althingen 10,32; Schweinfurt 57,63; Würzburg 60,27; Summa 2234,58. Nürnberg, M. S. 3.—. Rheydt (Bezirk Düsseldorf), von drei roten Brüdern 8.—. Rudow, Schäfer 7.—. Stuttgart, G. U. 10.—. „Wahrer Jacob“, „Neue Zeit“ und „Gleichheit“ 20 000.—. K. J. 3. 20 000.

berlin, den 9. Oktober 1908.

Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstr. 69.

### Literarisches.

D. Thomas: **Proletariatskrankheit und kranke Proletarier.** Frankfurt a. M. Buchhandlung „Volksstimme“. Preis 20 Pfg. 48 Seiten. Erhältlich in der Buchhandlung von Friedr. Meyer u. Co., Lübeck. Das Buch ist von einem Arbeiter geschrieben, der selbst an der Lungenschwindsucht erkrankt war und in verschiedenen Lungenheilstätten sich aufhalten hat. Was er an eigenen Körper erlebt, was er durch Beobachtung und Befragung seiner Leidensgefährten erfahren und was er durch ärztliche Belehrung gelernt hat, hat er in diesem Büchlein zusammengefaßt und bringt es so anschaulich und klar zur Darstellung, daß die Lektüre dem Wissenden ein Genuß, dem Nichtwissenden aber eine reiche Quelle der Belehrung ist. Er räumt gründlich mit den falschen Vorstellungen über das Wesen der Krankheit auf, schildert Entstehung und Verlauf leicht verständlich, bekämpft unerbittlich die Furcht und ebenso gleichgültige Nachlässigkeit. Er bleibt aber nicht nur bei der medizinischen Seite stehen, sondern wipirt alle sozialen Ursachen dieser Volkskrankheit auf, schlechte Ernährung, überlange Arbeitszeit, schädliche Berufsarbeit und das Elend der Proletariatswohnungen und der Wanderherbergen. Dann beweist er, daß die Krankheit heilbar ist und wodurch. Er bekämpft das Mißtrauen gegen Ärzte und Heilstätten. Lebendig führt er uns das Leben in diesen vor Augen, verschweigt aber nicht ihre Mängel, nämlich die bei der Massenbehandlung leicht erklärliche geringe Rücksichtnahme auf die Leber- und Anschauungsweise des einzelnen Patienten und die Langeweile, für deren Beseitigung durch

Lektüre, Musik usw. nicht genügend gesorgt wird. Wenn aber der Patient von hier gekräftigt und gebessert entlassen wird, dann muß er sofort wieder in den Erwerbskampf hinein oder er findet seinen Arbeitsplatz besetzt und ist nun der Arbeitslosigkeit überliefert, die seine Kräfte bald wieder verzehrt. So ist der Kampf gegen die Lungenschwindsucht nicht nur ein ärztlicher, sondern auch ein sozialer gegen die Ursachen, die in der heutigen Gesellschaftsordnung wurzeln. Diese aber können nur durch die Arbeiter selbst beseitigt werden, indem sie durch politische und gewerkschaftliche Organisationen die wirtschaftlichen Verhältnisse bessern, für Verkürzung der Arbeitszeit kämpfen und für höheren Lohn, der bessere Ernährung und Wohnung ermöglicht. In Stadt und Gemeinde ist für die bessere Ausgestaltung der Fürsorge für die Erkrankten zu arbeiten, für Ausdehnung der Heilstättenbehandlung, für Einrichtung von Heilorten für Schwerkranken, die eine Gefahr für ihre Umgebung bedeuten oder für deren gesündere und bessere Ernährung im eigenen Heim. Schulärzte und Fabrikärzte sollen die Erkrankten rechtzeitig aufspüren und für ihre frühzeitige Behandlung sorgen. Die Wohnungsverhältnisse müssen eingreifend geändert werden. So wird jeder Kranke aus dem Büchlein neue Hoffnung und Belehrung schöpfen, die Gesunden Vorsorge und Verständnis lernen, alle diejenigen aber, die an der Besserung der öffentlichen Gesundheitspflege und an der Umgestaltung der sozialen Verhältnisse arbeiten, werden neue Anregungen erhalten. Deshalb wünsche ich dem Büchlein recht viele aufmerksame Leser.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtliche in Lübeck.

**Insertate** finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

# Möblien-Handlung Frieda Mohrmann, Johannisstr. 23, 1. St.

Empfehle billigt in tadelloser Ausführung, in eigenen Werkstätten hergestellt: Salons, Tischen, Moquette- und Vortgarnituren, einzelne Sofas, Bezüge nach Wunsch. Große Auswahl in sämtlichen Möbelbezügen und Pojamenten. Die Garnituren können innerhalb 3 bis 4 Tagen geliefert werden, jedoch sind auch stets fertige Garnituren sowie Sofas auf Lager. Chaiselongues mit prima Wollebezug 24 Mk., Schlafzimmer in Eiche, ital. Nußbaum, Nuß-Satin, Mahagoni, oder jeder andern Holzart zu allerbilligsten Preisen mit prima Spiral- und Auflegematrassen, Speisezimmer in echt Eiche, Büfett, Anrichten, Ausziehtische, Stimmecdiener, Lederstühle, gebeizt je nach Wunsch, vom tiefsten schwarz bis schwarzbraun und silbergrau. Dieselben Zimmer auch in Nußbaum. Spezialität: Nußbaum Lederstühle, garantiert Rindleder, grün oder rot, Stück 14 Mk. Vertikows in Nußbaum in allen Ausführungen, je nach Wunsch, zu staunenswert billigen Preisen; Ausziehtische in Wachstuch u. Linolenum. Ehe Sie anderweitig kaufen, besuchen Sie meine Möbelausstellung, orientieren Sie sich über Preise u. vergleichen dieselben mit der Konkurrenz. Ein Besuch wird auf alle Fälle lohnend sein. Zu gleicher Zeit mache ich auf meine Oelgemälde- und Bilder-Ausstellung in dem großen Eckladen Beckergrube — Breitenstraße aufmerksam. Sie finden hier die herrlichsten Bilder von einem kolossal billigen Preise an. Große moderne Bilder in Goldrahmen u. unter Glas, 110x92 cm, für 18 Mk. Große Oelbrücke für 5 Mk., kleinere 3 Mk. Oelgemälde von 8 Mk. an.

## Beachten Sie jedenfalls die herrliche Ausstellung.

### Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

**A. B. Sch.**  
Vorstandssitzung  
Mittwoch abend 7½ Uhr präzise.

Gustav Voss  
Emilie Voss geb. Schunck  
Vermählte.

Für die Aufmerksamkeit und Glückwünsche zur Hochzeit danken herzlich A. B.  
Heute morgen 2¼ Uhr entschlief sanft nach langem schweren Leiden meine liebe Frau

**Anna**  
im 84. Lebensjahre, tief betrauert von mir und meiner Tochter.

Ernst Klatt.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. Oktober, vorm. 10½ Uhr, von der Burgtor-Kavelle aus statt.

Ein möbl. Zimmer zu verm.  
Hinter der Burg 5-7.

Eine 2-Stubewohnung zu vermieten. Schönhauserstraße 66.

Stbl. möbl. Zimmer zu verm.  
Waisenhoffstr. 23, I., 2. Tür rechts.

Ges. zum 1. Jan. e. Wohn. mit Stall, Einfahrt und großem Keller. Ang. unt. F K 10 an die Exped. d. Bl.

Gesucht  
**20 tüchtige Arbeiterinnen.**  
August Schuhmacher,  
Ernstmannstraße 3.

Gesucht junge Mädchen und Frauen zur Erlernung der Damenschneiderei sowie Musterzeichnen und Zuschneiden.  
Wendertstraße 5, pt., Markt.

Gesucht zu Ostern 1909 ein Lehrling für ein Tapezier- und Dekorationsgeschäft.  
Brüderstraße 3a.

Gesucht eine kleine Süßerei mit Brot und Bier. Anges. unter A R 18 an die Exped. d. Bl.

Unangesehen für 12 Quadratmeter gelbe Anstrichfarbe zu verkaufen.  
Grüner Weg 24.

## Beerdigungs-Institut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.  
**Uebnahme ganzer Beerdigungen.**  
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- und Blattkränzen.  
Einkleidungen jeder Art. \* \* \* \* \* Billigste Preise.

**Vollständiger Ersatz** für den Fach- u. Schulanferriert durch d. Lehrmethode Rustin:  
**Fernunterricht** in Deutsch, Französisch, Englisch, Lateinisch, Griechisch, Mathematik, Geographie, Geschichte, Literaturgeschichte, Handelskorrespondenz, Handelslehre, Bankwesen, Kontokorrentlehre, Buchführung, Kunstgeschichte, Philosophie, Physik, Chemie, Naturgeschichte, Evangelische u. Katholische Religion, Pädagogik, Harmonielehre, Stenographie. Glänz. Erfolge. Spezialprospekte u. Anerkennungsschreiben gratis u. franko.  
Rustinsches Lehrinstitut, Potsdam.

Das Haus Engelwisch 28/23 (hellgrüner Gang) ist umständehalber sofort zu verkaufen. Näheres bei

C. Wittfoot, Hüßstraße 18, im Zigarrenladen.  
2 gute Betten, à 30 Mk., zu verkaufen.  
Glockengießerstr. 31, part., Flügel.

Billig zu verk. gutspielende Orgel m. Kasten u. Bogen, sowie getragene Herrenkleidungstr. und 1 Paar neue gelbe Spangenschuhe für Mädchen, Nr. 36. Waisenhoffstr. 11a, I.

Zu verkaufen ein dunkelblaues Kostüm, zwei weiße wollene Wallfelder, ein schwarz Winterjackett, ein schwarzer Winterhut.  
Drägerstraße 13, pt.

## Trinkt Brumby.

**Käse** direkt vom **Lager**  
alle Sorten zu billigsten Preisen.  
Eine große Partie Tilsiter Fettkäse  
ca. 10 000 Pfd., pro Pfd. 20 Pfg.  
Schlamacherstr. 12, auf der Diele.

## Visit-Karten

auf 11. Elfenbeinkarton  
per 100 Stück von 1 Mk. an.  
liefert prompt und sauber  
Die Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.

## Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.

H. Schreiber, Breitest. 24  
Als besonders preiswert empfehlen wir:  
ff. gepflückte

**Traubäpfel**  
pro Pfund 10 Pfg.,  
hochfeine

**Tafel-Birnen**  
pro Pfund 15 Pfg.,

**Ia. Riesen-Nonnenäpfel**  
pro Pfund 15 Pfg.,  
eine Partie ff. alten pikanten

**Tilsiter Käse**  
pro Pfund 20-25 Pfg.

## Löhmann & Co.

Königstraße 127.  
Note Rabattmarken.

Joh. BOY, Königstr. 61,  
Telephon 115. Markt-  
hallenstand 46.  
Mittwoch: Notzungen, Schellfisch, Seelachs,  
Cablian, Hamburger Stint Pfd. 20 Pfg.,  
große Pfd. 30 Pfg., Brachsen (1½-2 Pfd.)  
Pfd. 50 Pfg., Karpfen, Schleie, Hechte,  
Barrhe billigst. Lebende Sappentrebse.

## Fahrrad-Reparatur-Werkstätte.

Alle Fabrikate werden fachgemäß und billig ausgeführt unter prompter Bedienung.  
Smaltieren, Vernickeln billig und gut.  
**Carl Heynert, Lübeck**  
Moislinger Allee 6a. Fernspr. 1272.

## Kronsbeeren

noch recht gute Frucht.  
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Soeben erschien:  
**Protokoll der Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitagess zu Nürnberg 1908 und der fünften Frauenkonferenz**  
Preis broschiert 1,25 Mk.  
Leinen gebunden 1,75 Mk.  
Porto 30 Pfg.  
Die auf dem diesjährigen Parteitage gepflogenen Verhandlungen haben das weitgehendste Interesse erweckt. Aus den Verhandlungen haben wir hervor:  
Budget-Bewilligung. — Maiseier-Jugendorganisation. — Sozialpolitik und neuer Kurs. — Die Reichsfinanzreform.  
Ein umfassendes Sachregister, Sprechregister, sowie Inhaltsverzeichnis erleichtern das Nachschlagen.  
Zu beziehen durch die  
Buchhandlg. von Friedr. Meyer & Co.

## Deutscher Metallarbeiterverband

(Verwaltungsstelle Lübeck.)  
Die Mitglieder-Versammlung findet nicht Mittwoch, sondern  
**Freitag, den 16. d. M.**  
abends 8½ Uhr  
im Vereinshause statt.  
Die Ortsverwaltung.